



WIRTSCHAFT FÜR DAS GEMEINWESEN GEWINNEN



Neue Entwicklungspartnerschaften für die Soziale Stadt

Dokumentation der Fachkonferenz

Frankfurt am Main / Saalbau Gallus
22. November 2010



Inhalt

Grußworte und Einführung

Dr. Oliver Weigel: Eröffnungsbeitrag

Edwin Schwarz: Begrüßung

Reinhard Thies: Einführung in die Fragestellung

3
3
5
7

Gemeinwesen Stadt – Anforderungen an Wirtschaft und Zivilgesellschaft

PD Dr. Ansgar Klein: Fokus Zivilgesellschaft

Prof. Dr. Thomas Krüger: Fokus Wirtschaft

Prof. Dr. Walter Hanesch: Fokus Sozialpolitik

Regine Wagner: Fokus Beschäftigung und Qualifizierung – ESF-Bundesprogramm BIWAQ

9
10
13
15
17

Konkrete Zusammenarbeit in der Stadt – Praxis vor Ort. Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Dialog

Quartierspavillon Quäkerwiese

Vernetzung des Quartiermanagements mit lokaler Ökonomie. Kubis e.V. & Initiative Westend e.V.

Ostpol° Kredit – Mikrokredite für Selbstständige im Quartier

Dienstleistung und ortsnahe Rundumversorgung – DORV

Agentur für gesellschaftlich nützliche Qualifizierung und Beschäftigung im Sprengelkiez

WohnQuartier⁴ = Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten

Engagement-LOTSEN im Stadtteil

DressUp Deisterstraße – Revitalisierung einer Einzelhandelsachse

19
20
22
24
26
28
30
32
34

Profile neuer Entwicklungspartnerschaften für die „Soziale Stadt“

Forum 1: Wohnungswirtschaft & Zivilgesellschaft

Forum 2: Sozialunternehmen & Zivilgesellschaft

Forum 3: Handel und Dienstleistungen & Zivilgesellschaft

36
37
39
41

Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen – Was ist zu tun?

43

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.:

Gemeinwesen aktivieren – Integrierte Stadtentwicklung ermöglichen

46

Referentinnen und Referenten

47

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

48

Impressum

50

Eröffnungsbeitrag

Dr. Oliver Weigel

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)



Für die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist die BAG ein wichtiger Partner. Deswegen ist das BMVBS gerne hier, auch wenn Herr Staatssekretär Bomba aufgrund kurzfristiger Termine seine Teilnahme leider absagen musste. Ich soll Ihnen von ihm Grüße ausrichten und sein Bedauern ausdrücken.

Gerade in den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass die Partnerschaft zwischen den Akteuren der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auch in schwierigen Phasen funktioniert. Gemeinsam ist es gelungen, die schmerzlichen Einschnitte, die der notwendige Sparkurs von allen Ressorts und allen staatlichen Ebenen verlangt und verlangen muss, für die Städtebauförderung abzumildern. Dabei war die Diskussion stets partnerschaftlich und konsensorientiert. Im Ergebnis haben wir auch eine breitere Öffentlichkeit für die Stadtentwicklung geschaffen. Das ist positiv.

Aber gerade in diesem Kreis gibt es sicher auch Fragen. Fragen zum Beispiel dazu, wie es mit dem Programm „Soziale Stadt“ weitergeht, dessen Modellvorhaben von der Kürzung besonders betroffen sind. Trotz des positiven Ergebnisses für die Städtebauförderung insgesamt will ich nicht verschweigen, dass auch wir das Risiko sehen, dass dies vor Ort zu Problemen führen kann. Wir werden mit Ihnen in den nächsten Monaten intensiv darüber diskutieren, was das für die Stadt- und Quartiersentwicklung bedeutet und wie wir die Ziele des Haushaltsgesetzgebers am besten umsetzen können.

Dabei müssen wir uns zuerst natürlich die Frage stellen, wie wir die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen können. Dies ist, natürlich, ein andauerndes Thema, aber eines, das jetzt noch mehr Relevanz für uns alle hat. Und damit komme ich zu unserem eigentlichen Thema, der stärkeren Einbindung der Wirtschaft in die Stadtentwicklung.

Die Herausforderungen für unsere Städte werden nicht kleiner. Die Bewältigung der Folgen des demografischen und strukturellen Wandels, der Klimaschutz, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Erhalt der historischen Bausubstanz und die Wieder- und

Umnutzung von Brachflächen: All das sind Aufgaben, die weder Wirtschaft noch Wissenschaft, noch Politik, Verwaltung oder Bürgerschaft alleine bewältigen können.

Um Städte auch bei geringer werdenden Mitteln zukunftsfähig gestalten zu können, müssen wir unsere Kompetenzen und Ressourcen bündeln – dies ist, wie Sie wissen, der Grundansatz der Leipzig Charta und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Dazu gehört es, Wirtschaft davon zu überzeugen, dass Unternehmen profitieren, wenn sie sich für „ihre“ Städte engagieren.

Das wird vor dem Hintergrund einer sich immer stärker globalisierenden Wirtschaft nicht leichter, in der die in Deutschland traditionell engen Bindungen von Unternehmen an ihre Stadt geringer werden. Und das ist insbesondere in strukturschwachen Stadtquartieren, wo die unternehmerische Initiative naturgemäß schwächer ist, nicht leicht. Dabei ist gerade dort Engagement besonders wichtig.

Deshalb arbeiten wir seit Jahren darauf hin, strategische Partnerschaften zwischen Staat und Kommune einerseits und Akteuren wie Sozialträgern, privaten Eigentümern und Wirtschaft andererseits herzustellen. Viele Unternehmen sind hier schon engagiert. Sie unterstützen kulturelle oder soziale Projekte auf lokaler Ebene finanziell oder personell. Sie kooperieren mit Schulen, bieten Praktikumsplätze an, treten als Sponsoren auf, um nur einige Beispiele zu nennen. Natürlich könnte es – wie überall – noch mehr sein. Dabei kann die Erkenntnis helfen, dass das unternehmerische Engagement nicht (nur) dazu dient, anderen einen Gefallen zu tun oder einfach den sich zurückziehenden Staat zu ersetzen – es liegt im eigenen Interesse der Wirtschaft, sich zu engagieren.

Heute werden wir gute Beispiele hören und sehen, die dies belegen können. Zum Beispiel in Gelsenkirchen, wo das Projekt „Carekauf“ von Caritas und REWE gemeinsam betrieben wird und mit einem Supermarkt eine Lücke in einem Stadtteil schließt, die der „reguläre Handel“ durch Abwanderung auf die „grüne Wiese“

hinterlassen hat. So können sich insbesondere Ältere und Menschen, die nicht so mobil sind, wieder in der Nähe der Wohnung versorgen. Darüber hinaus werden dort langzeitarbeitslose Menschen und Menschen mit Behinderungen qualifiziert und integriert.

Auch das Beispiel „DressUp Deisterstraße“ in Hannover ist Beleg dafür, dass sich unternehmerisches Engagement für alle lohnt. Hier haben Politik, Geschäftsleute, Bürger, Hauseigentümer und Künstler aus dem Stadtteil gemeinsam eine schwierige Einkaufslage stabilisiert und einen neuen Branchenschwerpunkt „Modedesign“ im Einzelhandel geschaffen. Dabei war es nicht Ziel, Geschäftsleute zu Sponsoring in einer Art „Parallelwelt Zivilgesellschaft“ zu motivieren, sondern sie zu aktivieren, damit sie als Teil der Gesellschaft ihren Beitrag zur Belebung des Quartiers leisten.

Die Liste lässt sich fortsetzen und es gibt ja, wie gesagt, genug Gelegenheit, sich im Laufe des Tages davon zu überzeugen.

Und dennoch müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie es gelingen kann, noch mehr Unternehmen von einem Engagement in benachteiligten Stadtvierteln zu überzeugen. Unternehmen engagieren sich, wenn sie sich davon Vorteile erwarten, etwa ein besseres Image oder neue Kunden und mehr Umsatz. Diese Aspekte müssen wir noch stärker in den Blick nehmen, wenn wir zukünftig noch mehr unternehmerisches Engagement für die Stadtentwicklung mobilisieren wollen. Das ist auch eine Aufgabe der Kommunikation. Wir müssen unsere Fachsprache öffnen und die Vorteile einer offenen Stadtentwicklung für ein breiteres Publikum, so auch und vor allem die Wirtschaft, deutlich machen.

Ich möchte zum Abschluss noch deutlich machen, dass dies nicht bedeuten soll, Stadtentwicklung zu „privatisieren“. Es geht darum zu verdeutlichen, dass die Entwicklung unserer Städte eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die nur dann erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden und private und öffentliche Akteure gemeinsam Verantwortung übernehmen und sich für Städte und Gemeinden engagieren.

Begrüßung

Edwin Schwarz

*Dezernent für Planen, Bauen, Wohnen und Grundbesitz,
Stadt Frankfurt am Main*

Sehr geehrter Herr Weigel,
sehr geehrter Herr Thies,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie hier im Haus Gallus zu Ihrer Fachkonferenz „Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen – Neue Entwicklungspartnerschaften für die Soziale Stadt“ begrüßen zu können.

Der Tagungsort ist gut gewählt. Der Stadtteil Gallus ist ein traditionelles Arbeiterviertel, das Ende des 19. Jahrhunderts mit der Verlegung des Hauptbahnhofs an seinen heutigen Standort und der einsetzenden Industrialisierung entlang des Mains entstanden ist. In den 1970er und 1980er Jahren begann ein Umstrukturierungsprozess, in dessen Verlauf sich Industrie und produzierendes Gewerbe immer stärker zurückzogen und rund 20.000 gewerbliche Arbeitsplätze verloren gingen. Vor allem an der Hauptachse Mainzer Landstraße siedelten sich gleichzeitig Büro- und Dienstleistungsbetriebe an. Der Tertiärisierungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Als um das Jahr 2000 das Projekt Frankfurt 21 und die Umnutzung des Hauptgüterbahnhofs geländes diskutiert wurden, bildete sich im Stadtteil ein runder Tisch aus Bewohnern, Vertretern von Kirchen, Vereinen, Schulen und der örtlichen Politik. Mit dem „Runden Tisch“ war ein Forum geschaffen, mit dem versucht werden sollte, negative Auswirkungen der Bahnprojekte zu verhindern und ihre Chancen für den Stadtteil zu nutzen. Die Stadt hat dies aufgegriffen und parallel dazu die Aufnahme des Stadtteils in das kurz vorher eingeführte Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ betrieben. 2002 wurde das Gallus in das Programm aufgenommen. Es ist das größte Fördergebiet in Hessen.

Aktuell leben im Gallus fast 26.000 Einwohner, 41 % davon mit Migrationshintergrund. Die Nähe zu Hauptbahnhof und City macht den Stadtteil für Migranten und Einwanderer zum „port of arrival“ – für einige Durchgangsstandort, für viele aber dauernder Wohn- und Lebensmittelpunkt. Denn das Gallus hat viele Qualitäten. Wenn Sie heute Mittag Zeit finden, empfehle

ich einen Spaziergang auf der Frankenallee, der grünen Achse des Stadtteils. Wenn Sie aus dem Haus gehen und sich links halten, gelangen Sie etwa 600 m von hier zu dem Abschnitt, den wir gerade neu gestaltet haben. Rechter Hand liegt das Europaviertel auf dem ehemaligen Güterbahnhofsareal, wo die Bauarbeiten für den Europapark in vollem Gange sind.

Erlauben Sie mir, einige Bemerkungen zur Stadtentwicklung in Frankfurt zu machen.

Die großen Herausforderungen liegen im sozialen, ökonomischen und ökologischen Bereich. Stichworte sind:

- die demografischen Veränderungen, die in den Wirtschaftszentren mit sozialer Segregation verbunden sind,
 - die Globalisierung der Wirtschaft mit erheblichen Auswirkungen für die Arbeitsplätze und für die Nahversorgung sowie
 - der Klimawandel mit einer Zunahme der Durchschnittstemperaturen und von Extremwetterlagen.
- Natürlich können Städte und Gemeinden diese Entwicklungen nur in beschränktem Umfang beeinflussen. Aber sie müssen Strategien entwickeln und Maßnahmen ergreifen, um gegensteuern zu können, weil ihre Bürger die Auswirkungen unmittelbar und sehr deutlich spüren.

In den großen Städten der wachstumsstarken Regionen sind diese Auswirkungen anderer Art als in den schwächeren Regionen. Frankfurt wächst – in den letzten zehn Jahren um 38.000 auf knapp 685.000 Einwohner. Alle Untersuchungen zu diesem Thema sagen voraus, dass dieser Trend „in die Stadt“ anhalten wird.

Zwar ist die residenzielle Segregation in deutschen Städten im europäischen Vergleich nicht sehr hoch und in Frankfurt wurde im Wohnungsbericht 2007 festgestellt, dass die sozialräumliche Entwicklung seit 1987 weitgehend stabil geblieben ist. Dennoch, so die Studie „Soziale Segregation“ des vhw (Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung), müssen wir uns darauf einrichten, dass der Segregationsgrad in Deutschland zunehmen wird. Gefördert wird diese Tendenz



durch Heterogenität der Werte- und Lebenswelten, ethnische Vielfalt, sozialhierarchische Polarisierung, hoch entwickelte Mobilität sowie beträchtliche Abgrenzungs- und Abschottungstendenzen.

Unsere Antwort auf diese Herausforderungen heißt Innenentwicklung, d.h. Neubebauung grundsätzlich nur in bereits bebauten Bereichen, sozial und ökologisch verträgliche Nachverdichtung und Flächenkonversion leerstehender oder untergenutzter Brachen. Damit wird Stadterneuerung zur Daueraufgabe und zum wichtigsten Handlungsfeld der Stadtentwicklung.

Deshalb appelliere ich an Bund und Länder, die Stadterneuerung weiter wie bisher finanziell zu unterstützen. Die Kommunen werden das allein nicht schaffen. Außerdem müssen integrative Ansätze auch auf ministerieller Ebene gestärkt werden. Sie helfen die knappen öffentlichen Mittel besser zu bündeln und effektiver einzusetzen. Gleichzeitig muss die derzeitige Ausrichtung auf investive Maßnahmen zu Gunsten nicht investiver Maßnahmen relativiert werden. Schließlich muss mehr Flexibilität bei der Verwendung der Fördermittel zugelassen werden, vor allem müssen Experimente und Zwischenlösungen ermöglicht werden. Neue und innovative Ideen benötigen diese Offenheit.

Das bisher Erreichte in den Fördergebieten darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Stadterneuerungsmaßnahmen brauchen deshalb Nachsorge- und Verstärkungskonzepte über die Programmlaufzeit hinaus. Die Fachbereiche und Ressorts in der öffentlichen Verwaltung tendieren dazu, nur ihre eigenen Ziele zu sehen und sich auf formale Beteiligungsverfahren zurückzuziehen. Integrative Ansätze und Bürgermitwirkung sind keine Selbstläufer. Sie müssen immer wieder neu angestoßen und durchgesetzt werden. Auch das wird nicht ohne finanzielle Hilfen gehen.

Dass die Tagung der Frage nachgeht, wie die Wirtschaft für das Gemeinwesen in unseren Stadtteilen gewonnen werden kann, ist außerordentlich begrüßenswert. Denn so wie wir Bundes- und Landesförderung für die Stadterneuerung dringend brauchen, benötigen wir auch Partnerschaften mit der Wirtschaft – mit und ohne finanzielle Beteiligung an gemeinwesenbezogener Stadteilarbeit.

Es ist richtig, dass Sie hierbei den Blick auf Wohnungswirtschaft, Sozialunternehmen sowie Handel und Dienstleistungen richten. Hier gibt es sicher noch viel Potenzial. Ich möchte Sie gleichwohl ermutigen, den Bogen weiter zu spannen. Auch andere große, global agierende Unternehmen können Partner sein. FAZ oder Commerzbank, DWI oder Deutscher Fachverlag im Soziale-Stadt-Gebiet Gallus sind auf ein intaktes Umfeld ihres Standortes angewiesen für ihre Mitarbeiter, für ihre Zulieferer, Kooperanten und für ihre Kunden. Das gilt selbstverständlich in gleicher Weise für kleinere, lokal verankerte Betriebe. Manchmal benötigen Gewerbe- und Handwerksbetriebe

auch neue Baurechte. Damit ergeben sich zusätzliche Verhandlungsoptionen. Einzubeziehen sind auch die Grundeigentümer und ihre Verbände, wie uns besonders deutlich unsere Bemühungen bei der Bildung von Standortgemeinschaften in „Business Improvement Districts“ gelehrt haben.

Wir forcieren solche Kooperationen mit Betrieben, Grundeigentümern und Investoren über Städtebauliche Verträge übrigens nicht nur in Soziale-Stadt-Gebieten oder Stadterneuerungs-Quartieren. Und hier komme ich zu einer weiteren Anregung. Sie sollten den Kreis der „benachteiligten Gebiete“ nicht zu eng fassen. Das bevorzugt oder – aus einem anderen Blickwinkel – diskriminiert einzelne Quartiere, treibt also unerwünschte segregative Entwicklungen voran. Ich plädiere dafür, auch andere Gebiete mit planerischen oder anderen Interventionen zu betrachten. Wir nennen das in Frankfurt „Aktionsgebiete“. Das können die unterschiedlichsten Stadtbereiche sein, wie Konversionsflächen, Siedlungen der 1950er und 1960er Jahre, Stadtteilzentren der verschiedenen Kategorien, schützenswerte und erhaltenswerte Gebiete usw.

Auch andere Fachressorts sind in der Quartiersentwicklung aktiv. Das Frankfurter Sozialdezernat hat – in meinen Augen beispielhaft – seit zehn Jahren das „Frankfurter Programm Aktive Nachbarschaften“ voran getrieben. Zurzeit sind 12 Gebiete in Bearbeitung. Herr Hausmann wird heute Nachmittag hierüber und über das Ineinandergreifen dieses Frankfurter Programms und des Bund-Länder-Programms berichten.

Solche Strategien lassen quartiersübergreifendes Handeln zu, was – so meine Erfahrungen – manchmal überraschende Optionen eröffnet, wenn z.B. ein Betrieb Standorte in mehreren Stadtteilen hat oder ein Investor / Bauherr mehrere „Eisen im Feuer“ hat.

Prioritäten können und müssen natürlich gesetzt werden. Manche Maßnahmen in den Stadterneuerungsgebieten dulden keinen Aufschub (insbesondere, wenn es um Fördermittel der übergeordneten Behörden geht). Aber auch die anderen Gebiete müssen weiterentwickelt werden, sei es aus Gründen der Prävention, sei es, weil der Zusammenhalt des städtischen Gemeinwesens insgesamt auf dem Spiel steht.

Ich wünsche der Tagung einen erfolgreichen Verlauf und viele interessante Diskussionen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Einführung in die Fragestellung

Reinhard Thies

Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.



Sehr geehrter Herr Dr. Weigel,
sehr geehrter Herr Schwarz,
vielen Dank für Ihre Begrüßung und Ihre einführenden Worte in die Thematik der Fachkonferenz.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einige Bemerkungen zu der heutigen Fachkonferenz voranstellen.

Als wir bei der Planung der heutigen Konferenz nach einem geeigneten Veranstaltungsort Ausschau hielten, kamen wir nicht nur wegen der zentralen Lage auf Frankfurt am Main. Wir dachten auch, dass es gut ist, an einem Ort zu tagen, der durch die Präsenz der Wirtschafts- und Finanzwelt geprägt ist.

Wir gehen davon aus, dass es hier ungleich einfacher sein sollte, Wirtschaft für das Gemeinwesen zu gewinnen; auch für einen Standort wie das Stadtquartier Gallus, der mit Strukturproblemen zu kämpfen hat und in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen wurde. Dass es auch hier im Gallus schwierig ist, Wirtschaft in lokale Entwicklungspartnerschaften einzubinden, macht deutlich, wie wichtig es ist, dieses Thema aufzurufen.

Bereits im Berliner Memorandum von 2009 „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken“ hat die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit dieses herausgestellt. Wir waren uns mit dem BMVBS einig, dass es zur Einbindung der Wirtschaft in das Gemeinwesen weiterer Impulse bedarf. Dieses hat zur Planung und Durchführung der heutigen Konferenz geführt. Herzlichen Dank an das Bundesministerium und auch an die Stadt Frankfurt für die Unterstützung und Förderung dieser Veranstaltung.

Die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit versteht sich als Lobby für benachteiligte Quartiere. Eines ihrer Ziele ist die Profilierung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung. Sie arbeitet mit ihren Netzwerken in den Ländern und Kommunen dafür, dass sich gemeinwesen- und stadtteilorientiertes Handeln insbesondere in benachteiligten Quartieren durchsetzt. Sie propagiert einen aktivierenden Ansatz, der auf den Potenzialen

der Bewohner und Quartiersakteure aufbaut. Die BAG stellt darauf ab, weitere Ressourcen in die Gebiete zu lenken.

Dies darf nicht bei einer gemeinwesenorientierten sozialen Arbeit stehen bleiben. Hierzu braucht es breiter aufgestellte quartiersbezogene Entwicklungspartnerschaften aus unterschiedlichen Akteursgruppen in allen relevanten Handlungsfeldern.

Dazu gehören auch die Wirtschaftsakteure, die an vielen Standorten noch gar nicht in lokale Netzwerke eingebunden bzw. dort auch kaum präsent sind. Es gilt diese zu gewinnen und einzubeziehen. Es genügt nicht, wenn nur Bewohner oder Akteure aus dem sozial-kulturellen Bereich „an diese Stadtquartiere glauben“.

Es gilt darauf hinzuwirken, auch Wirtschaftsunternehmen auf ihre Chancen in den benachteiligten Quartieren und auf mögliche Zukunftsinvestitionen aufmerksam zu machen. Es gilt auch ihr Interesse zu gewinnen, um mit diesen Quartieren „zu rechnen“.

Dazu braucht es Anreize aus Politik und Zivilgesellschaft. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ bietet dazu die richtigen Ansätze. Der dort verankerte integrierte Ansatz und die auf Koproduktion ausgerichteten Arbeitsstrukturen wie das Quartiermanagement gelten als geeignet und vorbildlich.

Vor diesem Hintergrund sind wir überrascht und entsetzt, dass dieses erfolgreiche und bewährte Programm aufgegeben werden soll.

Auch die Wirtschaft braucht Anreize, um sich hier zu engagieren. Der Ausstieg aus der „Sozialen Stadt“ wäre ein verheerendes Signal. Die Förderung muss weitergehen und weitere Politikbereiche wie insbesondere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind auf lokaler Ebene herausgefordert ihre Beiträge zu leisten.

Mit dem Programm ist es über Jahre gelungen, Ressortdenken zu überwinden und den städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen vor Ort mit integrierten Handlungsansätzen zu begegnen. Die Kommunen brauchen die Unterstützung und den Anreiz von Bund und Ländern, um in ihre sozialen Brennpunkte zu investieren. Dabei gilt es

Mittel sowohl für die städtebauliche Infrastruktur als auch für die Entwicklung von funktionierenden Nachbarschaften in die Hand zu nehmen.

Über die Projekte der „Sozialen Stadt“ konnte erhebliches lokales bürgerschaftliches Engagement aktiviert und die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure für das Gemeinwohl in den Quartieren gestärkt werden. Darüber hinaus konnte eine weitgehende positive Trendwende für die benachteiligten Menschen vor Ort eingeleitet werden.

Gerade in Zeiten, in denen der Staat bürgerschaftliches Engagement und Integration fördern will, sind der Aufbau und Erhalt von tragfähigen Strukturen und verlässlichen Modellvorhaben essenziell, welche Selbsthilfe und eine teilhabeorientierte Bürgergesellschaft stützen.

Mit dem Ansatz der „Sozialen Stadt“ ist es gelungen, insbesondere auch die Menschen in Quartieren mit hoher Zuwanderung zu erreichen. Gerade konnte die im Nationalen Integrationsplan (NIP) propagierte „Integration vor Ort“ über den programmtypischen integrierten Ansatz gestärkt werden. Auch der Bund ist weiterhin aufgefordert, seine im NIP eingegangenen Verpflichtungen nachhaltig einzulösen.

Der Soziale-Stadt-Ansatz muss weiter Motor für gelingende „Integration vor Ort“ bleiben. Die Bundesregierung hat sich im NIP dazu verpflichtet, „Soziale Stadt“ als eines der zentralen Handlungsinstrumente zu erweitern und eine verstärkte Bündelung mit anderen Fachpolitiken und Maßnahmen zu erreichen.

Besonders in die Quartiere mit hohen Migrationsanteilen muss investiert werden. Hier brauchen wir die beste Infrastruktur für Familien, Kinder und Jugendliche, hier müssen die besten Kindertagesstätten und Schulen entstehen. Hier gilt es stabile soziale Netzwerke zu knüpfen, um die Herausforderungen der Zukunft mit den Menschen vor Ort bearbeiten zu können.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen im Bundestag droht nun eine Reduzierung der Mittel für die Städtebauförderung für diesen in den Brennpunkten hoch wirksamen Bereich von 95 auf 28 Millionen Euro. Es ist davon auszugehen, dass lediglich bereits laufende Projekte ausfinanziert werden können und keine neuen Initiativen zur Stabilisierung von Nachbarschaften in sozialen Brennpunkten gefördert werden können.

Mit der faktischen Einstellung des Programms „Soziale Stadt“ werden die Menschen in Problemquartieren bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme allein gelassen. Ein Politikfeld übergreifend anerkanntes und auf lokaler Ebene seit 1999 hoch wirksames Programm wird abgesetzt.

Die BAG wird nicht nachlassen, sich auf Bundesebene für die „Soziale Stadt“ zu engagieren. Sie wird zusammen mit ihren Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken auf Länderebene versuchen bei der Entwicklung der Verwaltungsvereinbarungen Partner zu

finden, weiteren Rückbau und Schlimmeres zu verhindern.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders, dass zeitgleich am heutigen Tag in München die LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in Bayern gegründet wird, und senden dorthin unsere herzlichen Glückwünsche. Gerade jetzt kommt es darauf an, dass vor Ort starke Lobbys für Soziale-Stadt-Ansätze vorhanden sind, die die erreichten Fachstandards sichern und sich neuen politischen Herausforderungen stellen.

Von der heutigen Konferenz muss ein deutliches Signal ausgehen, dass diese Entscheidung revidiert werden muss. Die Quartiere und die dort lebenden Menschen sind auf die Unterstützung aller staatlichen Ebenen angewiesen, um zukunftsfähig zu bleiben und den Anschluss an die Stadtgesellschaft nicht zu verlieren.

Abschließend appelliere ich daher an Politiker auf allen Ebenen, sich für die uneingeschränkte Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“ als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden einzusetzen und die Förderung einer integrierten Stadtentwicklung für soziale Brennpunkte weiterhin abzusichern.

Ich hoffe, dass dazu von der heutigen Fachkonferenz deutliche Impulse und Signale ausgehen, und wünsche uns gute Beratungen und Erkenntnisse für die Arbeit vor Ort.

Gemeinwesen Stadt – Anforderungen an Wirtschaft und Zivilgesellschaft



Fokus Zivilgesellschaft

PD Dr. Ansgar Klein

Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Das Programm „Soziale Stadt“ wird bereits seit den Zeiten der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, die 2002 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat, als ein herausragendes gutes Beispiel dafür diskutiert, dass Engagementförderung ein zentrales Element von Fachpolitiken – in diesem Fall: Stadtentwicklung – darstellt. Im Abschlussbericht der Kommission heißt es dazu: „Im Programm ‚Soziale Stadt‘ sind mit dem Quartiersmanagement und anderen Beteiligungs- und Aktivierungsmodellen einige Ansätze vorhanden, die ausgebaut werden sollten. Ein zentraler Fokus sollte dabei die Mobilisierung beteiligungsferner Bevölkerungsgruppen sein.“ (Enquete-Kommission 2002: 350)

Streichungen der Fördermittel für Soziale Stadt: Gefährdung eines bedeutenden und erfolgreichen Programms unverständlich

Die Bundesregierung hat durch Beschluss des Bundeskabinetts vom 6. Oktober 2010 eine „Nationale Engagementstrategie“ verabschiedet. Deren erklärtes Ziel ist die Stärkung des Engagements und die Verbesserung seiner Rahmenbedingungen. Das BBE hat in diesem Zusammenhang seit 2009 das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ ins Leben gerufen, aufgebaut und umgesetzt, um die Bundesregierung bei Aufbau und Umsetzung der Nationalen Engagementstrategie zu beraten. Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung müssen aus Sicht des BBE in diesem Prozess unbedingt stärker aufgegriffen und erörtert werden.

Bedauerlicherweise hat die Streichung der Mittel für die „Soziale Stadt“ durch die Regierungskoalition in diesem Herbst einen dicken Strich durch die hoffnungsvollen Erwartungen einer Nationalen Engagementstrategie gemacht, die nicht zuletzt auf eine engere Vernetzung aller Bundesressorts in Fragen der Engagementförderung baut. Das zuständige BMVBS hatte mit der „Sozialen Stadt“ einen äußerst wertvollen Beitrag auch zur Nationalen Engagementstrategie geleistet, der aber jetzt mit einem Federstrich der Haushälter zur Disposition gestellt worden ist. Dies ist leider ein enormer Rückschritt und stellt die bisherigen guten Ergebnisse und deren Fortentwicklung existenziell in Frage. Wir wissen, dass gerade Vernetzungsarbeiten auf Ebene von Stadtquartieren nachhaltige Netzwerke und Infrastrukturen benötigen¹.

Zur Rolle der Wirtschaft in der sozialen Stadtentwicklung

Vor diesem Hintergrund ist die Frage zu diskutieren, welchen Beitrag die Wirtschaft für eine soziale Stadtentwicklung leisten kann und sollte. Im BBE hat der vhw, der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, vorgemacht, welche positive Rolle vor allem größere Hausbesitzer, Wohnungsgesellschaften etc. für soziale Stadtentwicklungen spielen können. Der vhw und seine Mitglieder haben schon vor geraumer Zeit begriffen: Eine soziale Abwertung eines Stadtteils ist zugleich ein Wertverlust für die dort gegebenen Wohnungsbestände. Anders formuliert: Wenn Wirtschaft Entwertung von Wohnungsbeständen verhindern möchte, ist sie auf eine Stärkung der sozialen Integration in den betroffenen Stadtteilen angewiesen. Um eine solche Stärkung zu bewirken, muss das bürgerschaftliche Engagement im Stadtteil systematisch und nachhaltig gefördert werden und müssen Programme wie die „Soziale Stadt“ verlässliche Wirkungen entfalten können. Während es für größere Wohnungseigentümer leicht ist, ein wohlverstandenes Eigeninteresse und mittlere wie auch langfristige zeitliche Erwägungen im eigenen strategischen Handeln zu vereinbaren (ich empfehle hier einen Blick auf die Homepage des vhw und in seine Zeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“), so stellt sich die Lage für Kleineigentümer und Stadtteile, die durch eine Besitzstruktur solcher Eigentümer geprägt sind, ganz anders dar. Hier sind strategische Handlungsorientierungen Mangelware und Überforderung. Hier müssen zunächst einmal Plattformen und Infrastrukturen entstehen, die den vereinzelt Eigentümern Strategiefähigkeit und Handlungskoordination überhaupt erst ermöglichen. Das dürfte nicht zuletzt eine zentrale Aufgabe für die lokale Politik, aber auch für Akteure der Wirtschaft sein, die hier schon wesentliche positive Lernerfahrungen beisteuern können.

Eine interessante Diskussion kreist darum, inwieweit Unternehmen und Stiftungen nachhaltig zu einer Infrastruktur der Engagementförderung beitragen

¹ Vor diesem Hintergrund ist auf einen im Internet bis zum 17.12.2010 geöffneten partizipativen Kommentierungsprozess der Nationalen Engagementstrategie hinzuweisen. Die Akteure der sozialen Stadtentwicklung haben sich dabei intensiv beteiligt unter: www.engagementzweinull.de

können. Dass das durchaus geht, hat der Hinweis auf die Aktivitäten des vhw deutlich gemacht. Bürgerstiftungen im kommunalen und regionalen Raum bieten eine interessante Möglichkeit, um Unternehmen für Ressourcen anzusprechen. Doch die meisten Bürgerstiftungen stehen mit Blick auf die eingeworbenen Mittel noch ganz am Anfang – hier bedarf es gemeinsamer bereichsübergreifender Anstrengungen von Akteuren aus der Stadtentwicklung, aus den kommunalen Bildungslandschaften, aus der Kultur, dem Sozialen oder dem Umweltbereich, um neue Strukturen nachhaltig zu stärken. Doch ich bin davon überzeugt, dass es eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand sein muss, die Sockelfinanzierung für die soziale Stadtentwicklung zu gewährleisten. Dass viele Kommunen dabei überfordert sind, führt mich zu der Diskussion strategischer Orientierungen der öffentlichen Finanzierung.

Gesetzliche Reformbedarfe

In § 171e BauGB wurde 2004 die soziale und politische Dimension der Stadtentwicklung in das Städtebaurecht integriert. Doch die Programme der „Sozialen Stadt“ ragen aus der Förderalismusreform I wie ein Fremdkörper hervor – gehören sie doch zu den Programmen, die in Deutschland aus politischer wie fachlicher Sicht immer wieder als Formen der Mischfinanzierung kritisiert werden – obwohl sie doch auf europäischer Ebene in den Strukturfonds eine weit stärkere Ausprägung gefunden hat (Runkel/Kiepe 2010: 13). Die Neuregelung des Art. 104b GG im Jahr 2006 bindet Finanzhilfen des Bundes ausdrücklich an im GG eingeräumte Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes und befristet grundsätzlich derartige Finanzhilfen mit der zusätzlichen Auflage ständiger Evaluierung. Diese restriktiven Einschränkungen sind aus Sicht der Städtebauförderung jedoch alles andere als plausibel – und dies gilt übrigens auch aus Sicht der Engagementförderung (darauf komme ich noch zurück): „Erst durch das Engagement des Bundes in Form von Finanzhilfen ist es gelungen, diese lokalen Brennpunkte sozialer Unruhen zu befrieden und Strukturschwächen abzumildern.“ (Runkel/Kiepe 2010: 14) Im Sinne der Sache ist es erforderlich, eine erneute Debatte über die zeitliche Befristung von Finanzhilfen zu führen. Und seit kurzem wissen wir, dass – wider alle Erwartungen – überhaupt aufs Neue eine grundsätzliche Debatte über den Programmansatz der „Sozialen Stadt“ geführt werden muss. Ihm fehlt erstaunlicherweise die grundlegende politische Unterstützung, die verhindern würde, dass dieses bewährte Programm bei finanziellen Engpässen nicht zur Streichung freigegeben wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend auf eine Diskussion verweisen, die im Rahmen der Engagementförderung um Lösungen für die Aufgabe kreist, eine nachhaltige Infrastruktur für die

Engagementförderung zu entwickeln. Vor ähnlichen Herausforderungen steht ja auch die soziale Stadtentwicklung.

Ein Vorschlag aus den Debatten der Engagementförderung für nachhaltige Infrastrukturförderung des Bundes: Das Igl-Gutachten

Der Kieler Jurist Prof. Dr. Gerhard Igl ist ein ausgewiesener Experte für alle rechtlichen Fragen der Engagementförderung – er war bereits juristischer Hauptgutachter der damaligen Enquete-Kommission. Ein Gutachten von Professor Igl sorgt jetzt für engagementpolitischen Zündstoff: Es wird vom Bundesfinanzministerium und vom Bundesrechnungshof abgelehnt, obwohl es unabwiesbaren rechtlichen Handlungsbedarf darstellt.

Das bereits im Oktober 2009 vorgelegte Gutachten mit dem Titel „Fördermöglichkeiten des Bundes bei lokalen und regionalen Infrastrukturvorhaben auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements“ hat lange Monate zur Begutachtung beim Bundesfinanzministerium (BMF) und beim Bundesrechnungshof gelegen. Den Auftrag für das Gutachten hat das Bundesfamilienministerium noch unter Leitung von Ministerin von der Leyen in der vergangenen Legislaturperiode erteilt: Es soll die rechtlichen Erfordernisse und Voraussetzungen einer nachhaltigen Infrastrukturförderung des Bundes im Feld der Engagementförderung prüfen. Erst kürzlich ist das Gutachten dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages zusammen mit den ablehnenden Bewertungen von BMF und Bundesrechnungshof zugeleitet worden. Eine inhaltliche Erörterung im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Bundestages steht noch aus.

Das Igl-Gutachten eröffnet die für die laufende Legislaturperiode im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Debatte über ein „Nationales Engagementförderungsgesetz“. Es macht dafür erste zentrale Formulierungsvorschläge, um die gemeinsame Kompetenz von Bund und Ländern bei der Engagementförderung deutlich zu machen.

Die Ausgangslage

Der Großteil allen Engagements findet lokal und kommunal statt – insofern ist der Großteil der Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung (abgesehen von landes- und bundesweiten Infrastrukturen) abhängig von einer kommunalen Finanzierung. Der Bund hat bislang vor allem über Modellprojekte zeitlich befristet engagementfördernde Infrastrukturen finanziert, doch verhindert die rechtlich vorgegebene zeitliche Befristung eine nachhaltige Finanzierung. Das „bürgerschaftliche Engagement (weist)“, so der Gutachter, „Besonderheiten auf, die eine zeitlich begrenzte Förderung

sachnotwendig auch solcher Projekte erlauben, die nicht als Modellvorhaben oder Vernetzungsvorhaben auf Bundesebene zu bezeichnen sind“ (S. 61).

Angesichts einer anwachsend problematischen kommunalen Haushaltslage drohen die kommunalen engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen dem Rotstift systematisch zum Opfer zu fallen: Engagementförderung mag zwar für Kommunen gerade in Krisenzeiten objektiv an Bedeutung gewinnen, doch ist sie eine so genannte „freiwillige“ kommunale Leistung – und alle solchen freiwilligen kommunalen Leistungen werden unter Sparzwang systematisch als erstes gekürzt oder gar ganz gestrichen. Das könnten die Länder alleine nicht kompensieren. So entfielen wesentliche Grundlagen einer auch vom BBE unterstützten „Nationalen Engagementstrategie“.

Der vorgeschlagene Lösungsweg

Das Gutachten prüft nach Erläuterung der Problemstellung zunächst den verfassungsrechtlichen Hintergrund hinsichtlich einer Finanzierungsverantwortung und Zuständigkeit des Bundes. Im Ergebnis, so Igl, hat der Bund hier eine Zuständigkeit der Finanzierung, weil er schon „seit längerer Zeit verfassungsrechtlich unbestritten zentrale Gegenstände des bürgerschaftlichen Engagements auf der Grundlage verschiedener Kompetenztitel der konkurrierenden Gesetzgebung (d.h. konkurrierend mit der Gesetzgebungskompetenz der Länder, A.K.) gesetzlich geregelt hat“ (S. 23). Das Gutachten empfiehlt jedoch zur größeren Rechtssicherheit die explizite „Einräumung eines Kompetenztitels“, der dem Bund die Förderung auch kommunaler und regionaler Engagementinfrastrukturen einräumt.

Der Gutachter attestiert eine gegebene „Parallelkompetenz“ des Bundes zur Kompetenz der Länder. Zwingend erforderlich seien daher verbindliche Absprachen des Bundes mit den Ländern, da „den Ländern Informationsrechte und Einflussmöglichkeiten bei Förderung von landes- oder gemeindebezogenen Projekten zukommen“ (S. 38). Da der Ausbau verbindlicher Absprache- und Planungsstrukturen der Engagementpolitik zwischen Bund und Ländern bereits als Voraussetzung einer „Nationalen Engagementstrategie“ seitens des BMFSFJ angekündigt worden ist, wären die genannten Voraussetzungen durchaus herstellbar.

Grundgesetzänderung sinnvoll: Bürgerschaftliches Engagement als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ausweisen!

„Für die fördernde Verwaltungstätigkeit des Bundes in Richtung auf das bürgerschaftliche Engagement würde mit einer konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit für das Statut des bürgerschaftlichen Engagements eine klarere Basis geschaffen, als sie bisher gegeben

ist“ (S. 69). Erforderlich ist, so das Gutachten, eine Grundgesetzergänzung: Der Gutachter macht hierzu einen expliziten Formulierungsvorschlag für einen neuen Artikel 91c GG (S. 70): „Art 91c GG

- (1) Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen bei der Förderung von Vorhaben des bürgerschaftlichen Engagements mit überregionaler, regionaler und lokaler Bedeutung zusammenwirken.
- (2) Die Kostentragung wird in der Vereinbarung geregelt.
- (3) In der Vereinbarung müssen auch Regelungen zur Einrichtung eines Gremiums zur Koordinierung der Förderung zwischen dem Bund und den Ländern getroffen werden.“

Die von der Bundesregierung explizit angestrebte Stärkung der Engagementpolitik und der damit verbundene Aufbau und die Umsetzung einer „Nationalen Engagementstrategie“ bedürfen klarer gesetzlicher Grundlagen. Eine nur verfahrensrechtliche Absicherung der Gemeinschaftsaufgabe „Engagementförderung“ greift daher zu kurz. Der wachsenden Einsicht politischer Entscheidungsträger über die gesellschaftliche Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements sollte auch der Gesetzgeber folgen: „Für die Zukunft, in der die Fördertätigkeit des Bundes auf Vorhaben auf lokaler und regionaler Ebene ausgedehnt werden soll, ist jedoch für den Bund wie für die Länder eine klare rechtliche Handlungsgrundlage von Bedeutung, wobei in dieser Handlungsgrundlage auch die Rechte von Bund und Ländern verfahrensrechtlich abgesichert werden müssen.“ (S. 73)

Die Notwendigkeit verbindlicher Absprachen bundesweiter Förderprogramme mit den Ländern (und über sie mit den Kommunen) hat sich im Feld der Engagementförderung schon vielfach gezeigt – allzu bitter sind die Ergebnisse von „Modellruinen“, wo eine solche Absprache nicht hinreichend praktiziert wurde. Das Igl-Gutachten bietet eine große Chance, belastbare Grundlagen für eine künftige „Nationale Engagementstrategie“ zu schaffen. Die Diskussion ist also eröffnet.

Literatur

- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“/Deutscher Bundestag (2002): Bericht – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen
- Igl, Gerhard (2009): Fördermöglichkeiten des Bundes bei lokalen und regionalen Infrastrukturvorhaben auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements. Rechtsgutachten, erstellt im Auftrag des BMFSFJ, zitiert nach BBE-Newsletter 17/2010: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/08/nl17_igl_rechtsgutachten.pdf
- Runkel, Peter; Kiepe, Folkert (2010): Der institutionelle Rahmen des Förderprogramms Soziale Stadt und sein Fortentwicklungsbedarf, in: Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen der Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Das Programm Soziale Stadt. Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte, S. 8-19
- vhw (2010): Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 4, Themenschwerpunkt „Stadtentwicklung“, Berlin

Fokus Wirtschaft

Prof. Dr. Thomas Krüger
HafenCity Universität Hamburg

Zur Rolle der Eigentümer in der Stadtentwicklung¹

Es ist eigentlich offenkundig, dass den Eigentümern von Immobilien, d.h. den Grundstücken und Gebäuden eines Quartiers, eine zentrale Rolle in dessen Entwicklung zukommt. Schließlich entscheiden am Ende die Eigentümer, ob sie in ihre Objekte investieren oder dieses nicht tun und womöglich maximale Erträge herausziehen, ohne die Substanz zu sichern, d.h. zu desinvestieren. Auch entscheiden allein die Eigentümer über die Art der Nutzung auf den Flächen (Wohnen, Handel, Büro oder Gewerbe) und schließlich wählen sie die konkreten NutzerInnen aus bzw. schließen mit ihnen Miet- oder Kaufverträge. Während andere Akteure im Quartier, seien es solche aus der Zivilgesellschaft oder VertreterInnen vom Staat oder der Gemeinde, mehr oder weniger ‚kommen und gehen‘, prägen die Immobilieneigentümer die Entwicklung der Stadtquartiere besonders nachhaltig, d.h. mit langfristiger Wirkung und zum Teil über mehrere Generationen. Die Gruppe der Immobilieneigentümer hat für die Quartiersentwicklung ohne Frage eine strategische Schlüsselrolle inne.

Vor diesem Hintergrund ist es auf den ersten Blick erstaunlich, dass die Immobilieneigentümer in der Quartiersentwicklung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ und auch in der Gemeinwesenarbeit bisher in aller Regel nicht systematisch beteiligt oder gar als potenzielle Partner angesehen werden. Die Ursachen liegen vielfach in Vorbehalten und fehlendem Verständnis für wirtschaftliche Fragen bei den Akteuren der Quartiersentwicklung und Gemeinwesenarbeit auf der einen Seite. Auf der anderen Seite ist bei manchen Eigentümern auch vielfach schlicht Desinteresse und fehlendes Verständnis für räumliche und soziale Zusammenhänge zu konstatieren.

Die Eigentümer haben fraglos ein vitales Interesse an einer hohen Aufenthalts- und Lebensqualität des Quartiers, weil neben der Qualität des Objektes selbst (baulicher Zustand, Flächenangebot und Nutzbarkeit, Attraktivität usw.) der Wert der Immobilie maßgeblich von der „Lage“ bestimmt wird. Unter der „Lage“ werden in Immobilienkreisen alle möglichen quantitativen und qualitativen Aspekte der Qualität und Attraktivität des Standorts und des Umfelds, d.h. des Quartiers, zusammengefasst. So verstanden bestimmt die „Lage“ zwar maßgeblich den Wert des Objektes, aber für die

Beeinflussung und Gestaltung des Umfelds des eigenen Objektes wird ganz überwiegend ausschließlich die öffentliche Hand bzw. die Kommune in der Verantwortung gesehen. Die Eigentümer sehen sich nur für ihr Objekt verantwortlich, das allerdings eine klar definierte Grundstücksgrenze hat, an der die eigene Zuständigkeit, aber auch Gestaltungsmöglichkeit definitiv endet. Die meisten Eigentümer kommen gar nicht auf die Idee, auf das Umfeld ihres Objektes einwirken zu wollen. Und schließlich zahle man schließlich Steuern dafür, dass Stadt und Staat sich um die öffentlichen Belange kümmern!

Wird im Einzelhandel gelegentlich davon gesprochen, dass der ‚typische‘ Einzelhändler sich vor allem als „Einzelner“ versteht, d.h. sich sehr schwer tut, mit anderen Einzelhändlern zu kooperieren, kann der ‚typische‘ Immobilieneigentümer als vor allem „Eigenständiger“ verstanden werden, der – in ähnlicher Weise wie mancher Einzelhändler – größten Wert auf seine Autonomie legt, obwohl sein Objekt faktisch intensiv in das räumliche Umfeld eingebunden und darüber hinaus, anders als ein Einzelhandelsgeschäft, immobil ist.

Das in der Eigentümerschaft weit verbreitete Selbstverständnis hoher Eigenständigkeit trägt sicherlich mit dazu bei, dass die Akteurslandschaft sehr polar strukturiert ist. Denn in der Praxis steht den kommunikativ und politisch vielfach aktiven Arenen und Akteuren des Quartiers eine stark fragmentierte Eigentümerschaft gegenüber, die nicht einmal ansatzweise kommunikativ oder gar organisatorisch vernetzt ist. Die Industrie- und Handelskammern sowie die Grundeigentümerverbände werden bestenfalls als Dienstleister und

1 Der Beitrag stützt sich auf Erkenntnisse und Erfahrungen aus diversen, auch immobilienwirtschaftlich ausgerichteten Forschungsprojekten, u.a. das von der DFG geförderte Projekt „Auswirkungen Innerstädtischer Shopping Center auf die gewachsenen Strukturen der Zentren“, die Begleitforschung zur Einführung von Housing Improvement Districts (HID) im Auftrag der BSU der FHH (vgl. www.urban-improvement-districts.de). Siehe auch Krüger, Thomas; Richter, Sven; Stotz, Patrick (2010): Immobilieneigentümer in der Stadtentwicklung. In: RaumPlanung 152, S. 11-16. Aktuell wird in Kooperation mit der HAW Hamburg, Prof. Simon Güntner, und der steg Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH für das BBSR das Forschungsprojekt „Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt“ durchgeführt.

Lobbyisten der eigenen Sache gesehen und sie sind auf der Quartiersebene normalerweise nicht tätig. Es bestehen in aller Regel keine Kontakte unter den Eigentümern, oft nicht einmal zwischen Nachbarn; es gibt auch keine Tradition eines auf den (gemeinsamen) öffentlichen Raum oder auf das Gemeinwesen gerichteten und schon oder gar nicht kollektiven Denkens oder gar Handelns. Die Immobilieneigentümer sind also eine sehr stark fragmentierte Akteursgruppe.

Innerhalb der Immobilieneigentümer können im Hinblick auf das Investitions- und Bewirtschaftungsverhalten zwei Gruppen unterschieden werden: Privateigentümer, die ihre i.d.R. wenigen Immobilien im persönlichen Eigentum halten, gegenüber den gewerblichen Eigentümern, die ihre oft größeren Bestände in einer besonderen Rechtsform, z.B. GmbH, eG, KG, halten und diese hauptamtlich bzw. „professionell“ bewirtschaften oder bewirtschaften lassen.

Privateigentümer, d.h. Einzelpersonen oder Gruppen (z.B. Erbengemeinschaften) im Besitz einzelner oder weniger Gebäude, sind mit mehr als 50% die mit Abstand bedeutendste Gruppe der Immobilienhalter in den Städten. Sie können grob weiter unterteilt werden in

- *Eigennutzer*, „*Liebhaber*“ oder Personen mit hoher persönlicher Bindung bzw. Identität, die stark auf das Objekt ausgerichtet sind – und ggf. weniger auf das Umfeld,
- *langfristig und sicherungsorientierte Anleger* mit Substanz und kaufmännischer Perspektive und ggf. mit strategischem Blick auf das Umfeld,
- *stark rendite- bzw. entnahmeorientierte Anleger* mit kurzfristiger Perspektive, strikte „Kostensenker“, ohne Interesse am Umfeld.

Verschiedene empirische Studien zeigen übereinstimmend, dass Privateigentümer sich im Sinne der Lehrbücher insgesamt weniger „ökonomisch rational“ verhalten. Darüber hinaus ist mit stark individuell geprägten Motivlagen, Kontexten und Handlungsweisen zu rechnen.

Die zweite Obergruppe der Gewerblichen Eigentümer, die Immobilien „professionell“ bewirtschaften, können grob unterschieden werden in

- *Überregionale Immobilienanlagegesellschaften* – diese konzentrieren sich auf die „guten“ bzw. zentralen Lagen und sind entsprechend in Gebieten der Stadterneuerung i.d.R. ohne Bedeutung.
- *Lokale und regionale Immobiliengesellschaften*, oft verbunden mit Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Bauunternehmen oder lokalen Vermögenshaltern – mit strategischen Interessen und starken Verflechtungen zur kommunalen Politik. Dies können u.U. interessante und potente Partner für die Stadtteilarbeit sein bzw. werden.
- *Wohnungswirtschaft*, wobei Genossenschaften, öffentliche und private Wohnungsunternehmen zu unterscheiden sind – oft mit Beständen in Problem-

quartieren und oft geprägt von geringer Rentabilität bzw. hohem Kostendruck. Die Unternehmen der Wohnungswirtschaft sind bereits vielfach Partner in der Stadtteilarbeit, wobei in Abhängigkeit von der Unternehmenspolitik und dem persönlichen Engagement der konkret Beteiligten große Unterschiede bestehen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass bei den gewerblichen Eigentümern am Ende intern, d.h. innerhalb des Unternehmens, aufgezeigt werden muss, dass sich das Engagement bzw. die Ausgaben in einzelnen Quartieren im betriebswirtschaftlichen Vergleich zu anderen Objekten/Standorten „rechnen“. Das Engagement im Quartier steht sozusagen im „Wettbewerb“ mit den anderen Aufgaben bzw. Kosten im Unternehmen.

Abschließend sollen Einschätzungen gegeben werden, aus welchen Motivlagen heraus sich Unternehmen allgemein, d.h. jenseits der mit den Quartieren substantiell verbundenen Immobilienwirtschaft, in der Quartiersentwicklung engagieren könnten:

- Es wird Dazugehörigkeit zur örtlichen Gemeinschaft demonstriert. Es wird ein „Geschenk“ gegeben, das keinen Bezug zum Gegenstand des Unternehmens hat, aber das allgemeine gesellschaftliche Ansehen des Unternehmens verbessert bzw. verbessern soll. Auf die Gestaltung der konkreten Maßnahmen wird kein Einfluss genommen.
- Es wird durch ein spezifisches exemplarisches Engagement gezielt Imagepflege betrieben. Das Unternehmen möchte mit seinem Engagement eine bestimmte inhaltliche Botschaft bezogen auf die eigenen Produkte oder Leistungen vermitteln. Das Unternehmen bzw. seine Produkte/Leistungen sollen gezielt mit „Sport“, „Jugendlichen“, „Integration“, „Toleranz“ usw. assoziiert werden. Ein solches Sponsoring wird erhebliche Wirkungen auf die Gestaltung der Maßnahme haben, die unterstützt wird.

Wenn es gelingt, Akzeptanz und Verständnis für die Perspektive der Immobilieneigentümer auf die Quartiersentwicklung zu schaffen, bestehen gute Chancen, diese als Partner zu gewinnen, die auch die Ziele der „Sozialen Stadt“ unterstützen, da sie in ihrem eigenen Interesse sind. Um das zu erreichen, ist allerdings – so paradox dies klingen mag – vielerorts zunächst eine Art Empowerment der Eigentümer erforderlich.

Fokus Sozialpolitik

Prof. Dr. Walter Hanesch
Hochschule Darmstadt

Das deutsche Modell kommunaler Sozialstaatlichkeit

Im deutschen Modell lokaler Sozialstaatlichkeit ist den Kommunen die Aufgabe zugewiesen, sozial ausgewogene Lebensverhältnisse auf örtlicher Ebene sicherzustellen. Ziel einer Stadtentwicklung des sozialen Ausgleichs war und ist es, gleichwertige Lebensbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen im gesamten Stadtgebiet anzustreben:

- durch Begrenzung der sozialräumlichen Ungleichheit und
- durch Sicherung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen aller Bevölkerungsgruppen.

Dazu haben die Kommunen im Rahmen des Verfassungsrechts auf Selbstverwaltung eine Allzuständigkeit für die Gestaltung der örtlichen Lebensbedingungen, auch wenn die vorrangige Gesetzgebung des Bundes und der Länder die kommunale Gestaltungsaufgabe immer mehr eingeschränkt hat.

Local Governance als neue Bewältigungsstrategie

Die deutschen Städte sind gegenwärtig mit einer zunehmend gespaltenen und heterogenen Stadtbevölkerung konfrontiert. Vor allem die zunehmende sozialstrukturelle und sozialräumliche Polarisierung der Lebensbedingungen auf nationaler und lokaler Ebene stellt heute die Kommunen vor neue Herausforderungen.

Um angesichts dieser Entwicklung das europäische Modell einer „sozial-integrativen Stadt“ aufrechterhalten bzw. bedarfsgerecht weiterentwickeln zu können, ist die Herstellung eines breiten politischen Konsenses für eine Politik des sozialen Ausgleichs unter Beteiligung aller lokalen Akteursgruppen erforderlich.

Zugleich haben sich die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Kommunen als lokaler Sozialstaat erhöht. Als Folge zunehmend komplexer Aufgaben und begrenzter Handlungsressourcen für die Kommunen sind die traditionellen Fachpolitiken überfordert. Gefordert ist daher die Entwicklung von neuen und flexiblen Steuerungsformen im Sinne der Local Governance.

Das Konzept der Local Governance beinhaltet insbesondere

- die Entwicklung einer abgestimmten Politik der verschiedenen Fachressorts innerhalb von Politik und Verwaltung sowie

- eine Vernetzung und kooperative Steuerung der lokalen Akteure.

Lokale Akteure sind insbesondere die Akteure der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft

- im Bereich der Wirtschaft (Unternehmensverbände, Kammern, Gewerkschaften etc.),
- im Bereich der Zivilgesellschaft (Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Betroffenenorganisationen etc.).

Angesichts der zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung der Stadtgesellschaft haben vor allem sozialraumorientierte Handlungsansätze an Bedeutung gewonnen. Dazu gehören

- die Entwicklung von sozialraumbezogenen, integrierten Handlungsprogrammen und
- die Einführung dezentralisierter Steuerung im Quartier.

Am ehesten ist dieser Ansatz in der Stadtentwicklungspolitik umgesetzt worden – insbesondere im Kontext des Programms „Soziale Stadt“.

Kommunale Sozialpolitik und „Soziale Stadt“

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Polarisierung der städtischen Gesellschaft kommt einer „Nachhaltigen Sozialpolitik“ auf lokaler Ebene eine zentrale Rolle zu.

Ausgehend vom Leitbild der „Sozialen Stadt“ ist allen Bewohnern die Chance zu bieten, sich beruflich, sozial und kulturell am städtischen Leben zu beteiligen. Dazu müssen gerade die ökonomisch, sozial und kulturell benachteiligten Gruppen gestützt und benachteiligte Quartiere gefördert werden.

Konkret kommt dabei der lokalen Sozialpolitik eine doppelte Aufgabenstellung zu, um Autonomie und Teilhabe für alle städtischen Bürger zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Zum einen liegt ihre Aufgabe in der Bereitstellung von Hilfen für materielle und psychosoziale Not- und Bedarfslagen unterschiedlichster Art. Zum anderen liegt ihre Aufgabe in einer „aktiven Integrationsförderung“. Diese muss sowohl zielgruppen- als auch sozialraumorientiert ausgerichtet sein.

Für sozialraumorientierte Präventions- und Integrationsstrategien kommt dem Quartiermanagement eine entscheidende Bedeutung zu. Seine Aufgaben umfassen insbesondere

- eine Vermittlung zwischen zentraler und dezentraler Steuerung der quartiersbezogenen Programme und Interventionen,
- eine Koordination und Moderation der quartiersbezogenen Netzwerke,
- eine fachliche Zusammenarbeit mit den lokalen Kooperationspartnern, um eine inhaltliche Abstimmung der Handlungsziele zu erreichen:
 - im Bereich der lokalen Ökonomie
 - im Bereich der lokalen Beschäftigung
 - im Bereich der sozialen Infrastruktur
 - im Bereich der Wohn- und Lebensbedingungen
 - in der Unterstützung und Befähigung der von Armut betroffenen und bedrohten Bevölkerung.

Kooperationspartner Wirtschaft

Traditionell liegt die Zusammenarbeit mit und die Förderung der Wirtschaft auf lokaler Ebene im Zuständigkeitsbereich der kommunalen Wirtschaftsförderung. Diese hat jedoch zumeist eher die an nationalen und internationalen Märkten ausgerichteten Wirtschaftssektoren im Blick.

Demgegenüber liegt die lokal eingebettete Ökonomie – bestehend aus Klein- und Kleinstbetrieben aus den Dienstleistungs-, Handels- und Handwerksbereichen – unterhalb ihrer Wahrnehmungsschwelle. Aus der Sicht der kommunalen Sozialpolitik sind jedoch gerade diese Akteure der lokalen Wirtschaft wichtige Kooperationspartner für eine „aktive Integrationsförderung“ für die Stabilisierung der lokalen Ökonomie zur Sicherung wohnortnaher Versorgungsstrukturen und für die Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen im Quartier.

(1) Im Bereich der lokalen Ökonomie geht es insbesondere darum, ein abgestimmtes Verhalten der Wirtschaftsakteure zu erreichen. Dazu gehört,

- Investitionen im Quartier anzuregen,
- quartiersbezogene Versorgungsangebote abzustimmen,
- gemeinsame Projekte der Wirtschaftsakteure anzuregen,
- Projekte in Kooperation mit einzelnen Wirtschaftsakteuren umzusetzen,
- Wirtschaftsakteure als Sponsoren oder Co-Finanziers zu gewinnen.

Dazu bedarf es

- der kontinuierlichen Abstimmung und Beratung in einem eigenen lokalen Forum Lokale Ökonomie,
- der Initiierung von und der Zusammenarbeit mit Gewerbevereinen,
- der Bereitstellung von Beratungsangeboten im Quartier (für Existenzgründer, Kleinbetriebe etc.),
- sowie besonderer Unterstützungsformen für Migrantenbetriebe.

Beispielhaft sind Projekte wie eine Koordinierungsstelle Lokale Ökonomie im Quartier zu nennen (Wiesbaden-Biebrich).

(2) Zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungslage im Quartier ist eine enge Zusammenarbeit erforderlich

- mit dem örtlichen Jobcenter (SGB II) zur Anregung von sozialraumorientierten Beratungs- und Förderangeboten,
- mit den Bildungs- und Beschäftigungsträgern (Entwicklung von Kooperationsprojekten im Quartier) sowie
- mit der gewerblichen Wirtschaft im und im Umfeld des Quartiers (Entwicklung von Kooperationsprojekten).

Als beispielhaftes Projekt ist die Beratung von Migrantenbetrieben bei Einrichtung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie die Beratung von Migrantenjugendlichen beim Ausbildungs- und Berufseinstieg zu nennen (ebenfalls Wiesbaden-Westend und -Biebrich).

Auch hierzu sind der regelmäßige Austausch und die Abstimmung in einem lokalen Forum notwendig.

Ausblick

Gerade im Handlungsfeld der lokalen Ökonomie hat es vergleichsweise lange gedauert, bis die Chancen und Möglichkeiten von den Akteuren der „Sozialen Stadt“ erkannt worden sind und bis diese begonnen haben, diese auszuloten und zu nutzen. Nach einer längeren Phase des Abwartens und Zögerns haben sich die Initiativen und Aktivitäten der Standorte im Handlungsfeld der lokalen Ökonomie und Beschäftigung in den letzten Jahren verstärkt.

Vor allem Bundesbegleitprogramme wie BIWAQ und nichtinvestive Landesförderprogramme wie HE-GISS-Innovationen in Hessen haben dazu beigetragen, solche Initiativen zu stärken und innovative Projekte umzusetzen. Es wäre daher mehr als fatal, wenn die erreichten Erfolge durch die geplanten Mittelkürzungen im Programm „Soziale Stadt“ in Frage gestellt würden.

Insgesamt kommt den sozialpolitischen Akteuren auf gesamtstädtischer wie auf Quartiersebene eine zentrale Rolle zu, um in der Koordinierung des Handelns der lokalen Akteure den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Dies gilt gerade auch in der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsakteuren.

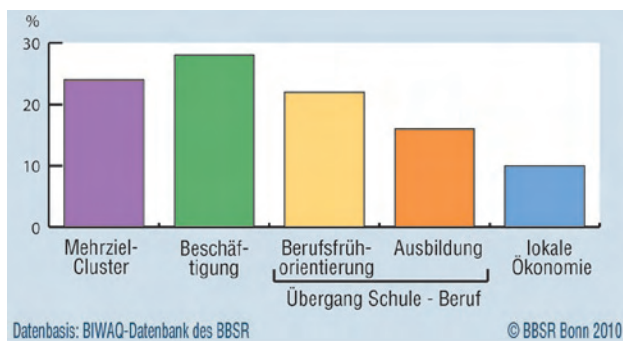
Fokus Beschäftigung und Qualifizierung – das ESF-Bundesprogramm BIWAQ

Regine Wagner

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn

Der Programmansatz

Das Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ unterstützt die Ziele der „Sozialen Stadt“ durch eine sozialraumorientierte Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Im Mittelpunkt von BIWAQ stehen Zielgruppen, die am Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind. Das finanzielle Programmvolumen von BIWAQ beträgt insgesamt 184 Mio. Euro, davon werden 124 Mio. Euro durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und 60 Mio. Euro durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gefördert. Das Programm wird in zwei Förderrunden zwischen 2008 und 2014 mit Projektlaufzeiten von bis zu vier Jahren umgesetzt. Derzeit befinden sich im Rahmen der ersten Förderrunde bundesweit 135 Projekte in den Handlungsfeldern „Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in Arbeit“, „Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf“ und „Stärkung der lokalen Ökonomie“ in der Durchführung (www.biwaq.de).



Nach den Prinzipien der Sozialraumorientierung basiert der Ansatz von BIWAQ auf der Annahme, dass durch das bessere Verständnis der Lebenswelten der Zielgruppen die einzusetzenden Instrumente im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes besser an ihren Bedürfnissen ausgerichtet werden. Die „BIWAQ-Projekte“ sollen bestehende oder vorausgegangene Interventionen in den Programmgebieten weiterentwickeln, an die integrierten Entwicklungskonzepte (IEK) anschließen und möglichst mit städtebaulichen Investitionen verknüpft werden.

Ein weiteres zentrales Element ist die Einbindung (lokaler) Kooperationspartner und dazu zählt auch die Wirtschaft. Ohne die Wirtschaft kann BIWAQ nicht erfolgreich sein und damit auch keinen Mehrwert für

das Quartier bzw. für die im Quartier wohnenden und arbeitenden Menschen erzeugen. Nur über kooperative Ansätze, in denen die wirtschaftliche wie auch die soziale Dimension behandelt und kompetent vertreten werden, können gemeinsame Lösungsstrategien entwickelt werden, die der Komplexität der Ursachen für Arbeitsmarktferte gerecht werden.

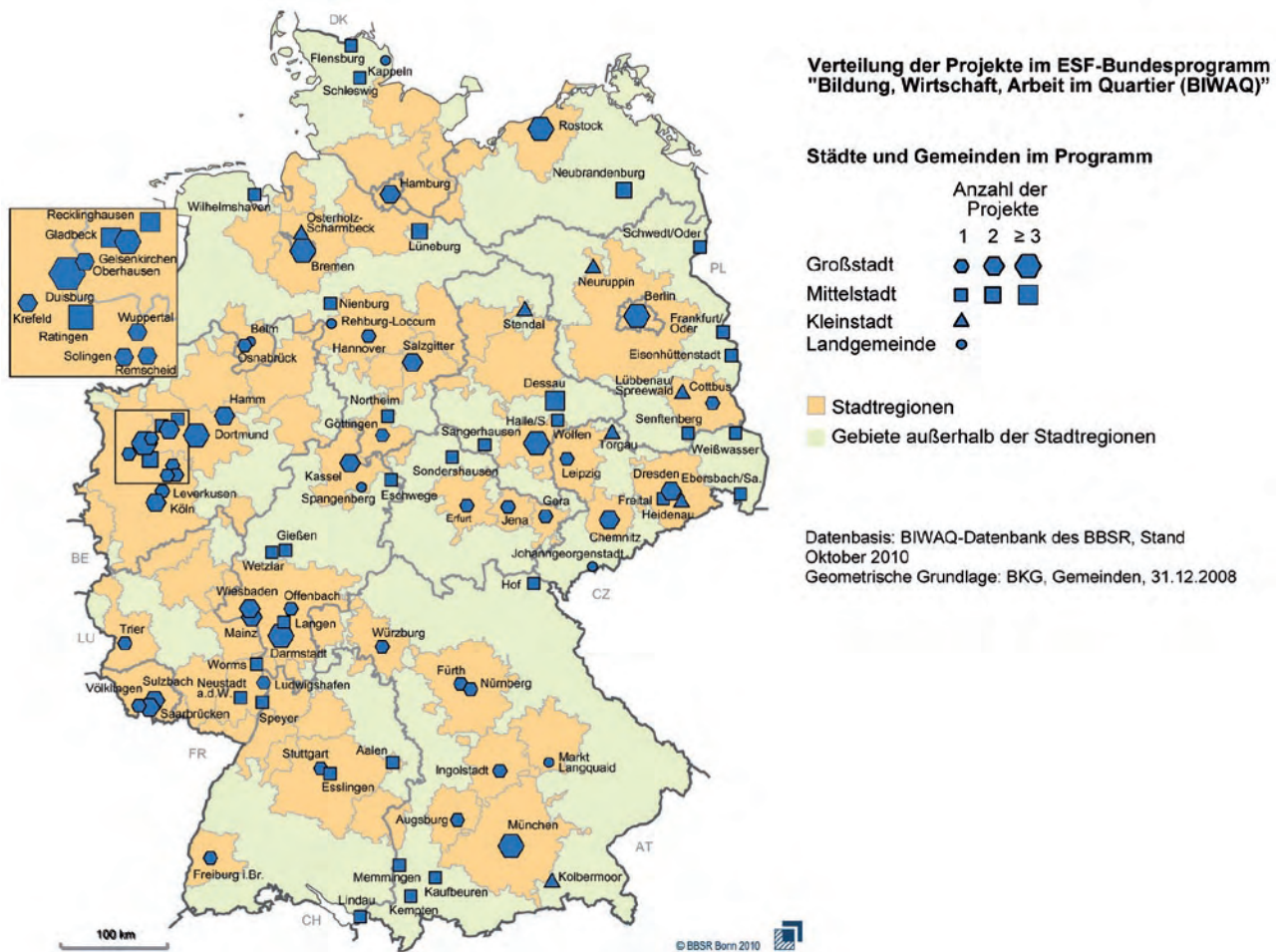
Für die „besten Wege“ zu einer erfolgreichen Kooperation vor Ort gibt es jedoch keine einfach übertragbaren Rezepte. Offenheit, Flexibilität und eine länger als übliche Programmdauer für den zumeist langen Weg sind daher zentrale Prinzipien des Programmansatzes von BIWAQ.

Erste Erfahrungen mit der Mitwirkung der Wirtschaft

Die Wirtschaft bei BIWAQ beteiligt sich an Netzwerken, öffnet sich für Betriebsbesichtigungen, kommt an die Schulen, bietet Praktika, Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze, beteiligt sich mit Geld- und Sachleistungen, Know-how etc. Dies tut sie aber nur dann, wenn es sich für sie „lohnt“, d.h. wenn sie z.B. den Nachwuchs sichern muss, sie sich einen Imagevorteil davon verspricht, das Risiko der Konkurrenzförderung überschaubar bleibt, sie sich auf der persönlichen Ebene angesprochen fühlt und das „soziale“ Engagement mit den Gewinnerwartungen vereinbar ist.

Die „ausbildende Wirtschaft“ beispielsweise lässt angesichts des einsetzenden Fachkräftemangels bei der Zielgruppe Schülerinnen und Schüler zunehmend Mitwirkungsbereitschaft in Form eines Dialogs mit der Schule erkennen. Sie kommt – über die Vermittlung der Träger von BIWAQ – an die Schulen, öffnet ihre Betriebe für Praktika und trägt über gemeinsame Projekte zur Verzahnung von Theorie und Praxis und damit zur Qualität schulischer Ausbildung bei. Zur Verbesserung der Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern für ihren weiteren (beruflichen) Lebensweg sind im Rahmen von BIWAQ eine ganze Reihe erfolgreicher Netzwerke aus Bildungs- und Jugendhilfeträgern, einzelnen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, der Arbeitsagentur und so genannten Mentoren entstanden bzw. ausgebaut worden.

Weniger Erfolge können bislang für die Zielgruppe der älteren Jugendlichen ohne Berufsabschluss und für langzeitarbeitslose Menschen insgesamt vermeld-



det werden. Die multiplen Problemlagen, die zu der Erwerbslosigkeit geführt haben und durch die Länge derselben zum Teil noch verstärkt wurden, erfordern niedrigschwellige Ansätze, umfangreiches Expertentum für ein ganzheitliches Qualifizierungs- und Betreuungskonzept, und vor allem Geduld und Durchhaltevermögen. Dies sind alles Anforderungen, die für Unternehmen meist nicht mit ihren wirtschaftlichen Interessen vereinbar sind und auch ihre Kompetenzen überfordern.

Die Wirtschaft betrachtet „Öffentliche Beschäftigungsförderung“ vor allem im Kontext von Wettbewerbsverzerrung und damit als „Förderung von Konkurrenz“. Wenn Interessenvertreter der Wirtschaft marktnahen, öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekten zustimmen sollen, muss der Aushandlungsprozess rechtzeitig, transparent und unter Einbindung aller relevanten lokalen Akteure erfolgen. Der Innovationsgehalt, Ausnahmecharakter und die Erfolgsaussichten des Vorhabens müssen auch für die Wirtschaft erkennbar werden.

Da die „lokale Wirtschaft“ in Quartieren der „Sozialen Stadt“ meist selbst als benachteiligt gelten muss oder in monofunktionalen Quartieren nur in Form der Wohnungswirtschaft auftritt, endet der Bezugsraum für die Partnersuche aber nicht an der Quartiersgren-

ze, sondern geht weit darüber hinaus. Starke Wirtschaftspartner müssen meistens überregional gesucht werden. Eine Engagementserwartung für „den Sozialraum“ oder „das Quartier“ in Form einer kontinuierlichen Mitwirkung in lokalen Netzwerken ist dann aber aufgrund der fehlenden Bezugs- und Identifikationspunkte weniger zielführend, zumal damit in der Regel ein hoher Zeitaufwand verbunden ist.

Gelingende Kooperationen bei BIWAQ sind nicht selten vor allem auf ein überdurchschnittliches Engagement einzelner Akteure zurückzuführen. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft sondern auch für die Akteure des Gemeinwesens. Erfolgreiche Beispiele aus BIWAQ benennen die folgenden Prinzipien für die Aktivierung der Wirtschaft:

- Die jeweiligen Erwartungen von Anfang an offenlegen und Realitätssinn für die jeweiligen Bedingungen entwickeln.
- Anreize für eine Kooperation identifizieren und anbieten, damit sich die Mitwirkung für die Wirtschaft „lohnt“.
- Eine Begegnung auf Augenhöhe sicherstellen.
- Zugänge über die Beziehungsebene suchen und dafür kreative Wege der Ansprache gehen.
- Kontinuität und Verbindlichkeit in der Kooperation sicherstellen.

Konkrete Zusammenarbeit in der Stadt – Praxis vor Ort. Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Dialog

Wie kann es gelingen, Wirtschaft stärker und breiter als Partner für eine soziale Stadtentwicklung zu gewinnen? Dazu wurden beispielhafte Projekte mit äußerst unterschiedlichen Zugängen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft in benachteiligten Stadtgebieten eingeladen. Bei der Konferenz wurden die Projekte mit ihren Ansprechpartnern vorgestellt, vor allem im Rahmen eines Projektmarktes galt es miteinander ins Gespräch zu kommen.

Das vorgestellte Spektrum ist breit: Es geht beispielsweise um die Entwicklung eines „Ortes“: Eine Trinkhalle wird zum Stadtteiltreff, dabei sind gastronomische Einrichtung und gemeinbedarfsorientierte Nutzungen übereinzubringen und langfristig zu binden. Es geht aber auch um die nachhaltige Selbstorganisation von Gewerbetreibenden und Hauseigentümern im Stadtteil, unter starker Beteiligung der Migrantenökonomie. Mikrofinanzierungsangebote im Quartier als Unterstützung für Existenzgründung befinden sich an der Schnittstelle zwischen Eigenwirtschaftlichkeit und öffentlicher Förderaufgabe. In dörflichen Zentren wird aus einem Lebensmittelgeschäft, gekoppelt mit Dienstleistungen und Bürgerbüro, ortsnah und mittels

Bürgeraktien, Privatkrediten und Spenden die unzulängliche Rundumversorgung wiederhergestellt.

Die individuelle Begleitung, Qualifizierung und das Coaching von Erwerbslosen im Stadtteil zusammen mit der systematischen Erschließung gesellschaftlich nützlicher Beschäftigungs- und Geschäftsfelder werden ebenso dargestellt wie die Mitwirkung von Sozialdienstleistern und Wirtschaftsunternehmen an der Entwicklung auch schwieriger Quartiere im Sinne einer neuen, zukunftsweisenden Entwicklungspartnerschaft „Bauen, Bildung und Soziales“. Stadtteilbezogene Freiwilligenprojekte zu konkreten Bedürfnislagen städtischen Zusammenlebens und die Schaffung von zentralen Anlaufstellen zur Mehrfachnutzung im Quartier als Stadtteilbüro, Familien- und Quartierbüro und Mietertreff schaffen Synergien und mehr Frequentierung. Die selbstbewusste Schaffung eines Branchenschwerpunkts „Modedesign“ im lokalen Einzelhandel zusammen mit Politik, Geschäftsleuten, BürgerInnen, HauseigentümerInnen und KünstlerInnen aus dem Stadtteil zeigt eine umfassende partnerschaftliche Aktivierung der Akteure zur Belebung des Quartiers auf.



Quartierspavillon Quäkerwiese

Frankfurt am Main, Hessen

QUARTIERSPAVILLON QUÄKERWIESE CHRONOLOGIE

BIS AUGUST 2007



BIS AUGUST 2007

Ehemalige Trinkhalle auf dem mit Hecken und Sträucher zugewachsenen, unbenutzbarem Quäkerplatz. Es herrscht keine einladende Situation zum Verweilen vor.

SEPTEMBER 2007



SEIT SEPTEMBER 2007

Neues Café Pause als Übergangslösung bis zum Neubau des vorgesehenen eingeschossigen Quartierspavillons. Neu sind Toiletten, Küche sowie der Wasseranschluss, somit kann ein völlig anderes Sortiment zum Verkauf angeboten werden. Der Quäkerplatz ist als Platzfläche zugänglich, die Hecken und Sträucher wurden entfernt. Der neue Freisitz am Container-Café lädt zum Verweilen ein.

JUNI 2008 BIS SOMMER 2010



JUNI - SEPTEMBER 2008

Durchführung des Wettbewerbs für den geplanten Neubau Quartierspavillon Quäkerwiese. An diesem Wettbewerb nahmen 5 Architekturbüros teil. Der Entwurf des Büros DG/D Architekten gewann den ersten Preis. An der Wettbewerbsjury waren Vertreter des Stadtteilbeirates Soziale Stadt Gallus sowie des Ortsbeirates beteiligt.

AB OKTOBER 2008 BIS SOMMER 2010

Beginn der konkreten Planung des Neubaus. Abstimmung des Betreiberkonzeptes.

OKTOBER 2010 BIS MITTE 2011



29. OKTOBER 2010

Feierliche Grundsteinlegung zum Neubau Quartierspavillon Quäkerwiese. Die Bauarbeiten sind im vollen Gange.

AB MITTE 2011

Der Quartierspavillon Quäkerwiese wird fertiggestellt sein.

BUND-LÄNDER-PROGRAMM SOZIALE STADT GALLUS

KONTAKT: STADTTEILBÜRO FRANKENALLEE 166 TEL. 069/97329970 QM-GALLUS@CARITAS-FRANKFURT.DE

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt Gallus“ ist das Projekt Quartierspavillon Quäkerwiese als Ergebnis einer Anwohnerversammlung vom 20. Januar 2005 als Kernprojekt in das Integrierte Handlungskonzept aufgenommen worden. Bei dem Projekt handelt es sich um die sozialräumliche und städtebauliche Weiterentwicklung einer Trinkhalle hin zu einem Stadtteiltreff, der neben einem großen Raum für Veranstaltungen und Treffmöglichkeiten für verschiedene Gruppen aus dem Stadtteil auch ein Bewohnercafé beherbergen wird.

Zeitschiene für das Projekt Quartierspavillon:

Ende August 2007 wurde die mit den Jahren heruntergekommene, sehr kleine Trinkhalle abgerissen und vorübergehend durch einen „Café-Container“ ersetzt. In dem Container eröffneten die Pächter, die zuvor die Trinkhalle betrieben hatten, das neue „Café Pause Quäkerwiese“ mit großem Freisitz.

Im Juni 2008 wurde vom Stadtplanungsamt ein Realisierungswettbewerb für den neuen Pavillon initiiert, an dem insgesamt fünf Architekturbüros teilgenommen haben. Im September 2008 tagte dazu das Preisgericht. Der Siegerentwurf von DGD Architekten ist ein rechteckiges Gebäude, das eine Holzfassade und einen großen Freisitz mit teils überdachtem Bereich im Südwesten des Gebäudes vorsieht. Dieser wird durch Hochbeete, die gleichzeitig als Sitzmauer dienen, umgrenzt. Ein Straßenverkauf in Anlehnung an den alten Kiosk ist neben dem Cafébetrieb weiterhin möglich und vorgesehen. Im Frühjahr 2009 erklärte sich der Caritasverband Frankfurt e.V. bereit, die Bauherrenschaft und den Betrieb des Quartierspavillons als Hauptmieter zu übernehmen. Damit sichert die Caritas die stadtteilbezogene/gemeinbedarfsorientierte Nutzung für 25 Jahre und sorgt für die Instandhaltung und den Unterhalt des Gebäudes.

Im September 2010 haben die Baumaßnahmen zum Quartierspavillon Quäkerwiese begonnen. Bis zum Frühjahr 2011 entsteht an der Quäkerwiese der im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt Gallus“ geplante Stadtteiltreff.

Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft?

Der Quartierspavillon Quäkerwiese wird als Stadtteiltreff mit angegliedertem Bewohnercafé gebaut. Damit es im täglichen Betrieb zu einem reibungslosen Ablauf zwischen der gemeinnützigen und der gewerblichen Nutzung kommt, musste bereits im Vorfeld der baulichen Maßnahme sichergestellt werden, dass die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerschaft für den gemeinbedarftlichen Bereich sowie die Wirtschaftlichkeit des gewerblich-gastronomischen Bereichs berücksichtigt sind und sich dort ergänzen, wo es möglich und sinnvoll ist.

Hierzu wurde gemeinsam mit den zukünftigen Pächtern des Bewohnercafés und den Betreibern des Stadtteiltreffs ein vorläufiges Konzept entwickelt, das die Nutzungsansprüche regelt und Grundlage für den baulichen Entwurf des neuen Quartierspavillons gewesen ist.

Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Förderlich: Durch die kontinuierliche Einbindung der BewohnerInnen im Vorfeld des Realisierungswettbewerbs Quartierspavillon Quäkerwiese und durch die Beteiligung von drei BewohnerInnen aus dem Gallus (Mitglieder des Stadtteilbeirats Soziale Stadt) als Sachpreisrichter im Preisgericht des Realisierungswettbewerbs war die für das Projekt „Soziale Stadt Gallus“ so wichtige Beteiligung der Bewohnerschaft am gesamten Planungs- und Entscheidungsprozess sichergestellt.

Hinderlich: Eine schwer zu nehmende Hürde für das Projekt Quartierspavillon Quäkerwiese war, dass im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ der Neubau des Quartierspavillons für 25 Jahre einer gemeinbedarfsorientierten Nutzung zugeführt werden muss. Einen Betreiber zu finden, der neben der Instandhaltung des Gebäudes auch die gemeinbedarfsorientierten Nutzungen und Angebote für 25 Jahre vertraglich gewährleistet, stellte sich als schwierig und zeitintensiv heraus, da zunächst keine weiteren öffentlichen Mittel für den Aufbau von gemeinbedarfsorientierten Angeboten zur Verfügung stehen.

Programmgebiet Soziale Stadt:

Soziale Stadt Gallus

Träger / Einrichtung:

Caritasverband Frankfurt e.V.

Kontakt:

Christian Spoerhase
Frankenallee 166
60326 Frankfurt
Tel.: 069-97329970
Mail: christian.spoerhase@caritas-frankfurt.de
Homepage: www.caritas-frankfurt.de

Handlungsfelder:

Wohnen und Bauen; Engagement und Aktivierung;
Lokale Ökonomie

Projektbeteiligte Akteure:

Kommune: Stadt Frankfurt am Main, Stadtplanungsamt
Verein: Nachbarn im Gallus e.V.
Privat: Pächter des Bewohnercafés

Laufzeit des Projekts: 25 Jahre

Vernetzung des Quartiermanagements mit lokaler Ökonomie. Kubis e.V. & Initiative Westend e.V.

Wiesbaden, Hessen

Auf- und Ausbau eines Gewerbevereins Westend durch das Quartiermanagement (QM) der „Sozialen Stadt“, dessen Förderzeitraum inzwischen abgelaufen ist.

1. Die „Initiative Westend“ versteht sich als eine nachhaltige Form der Selbstorganisation von Gewerbetreibenden und Hauseigentümern, also von TrägerInnen persönlicher wirtschaftlicher Interessen im Stadtteil, deren Existenz an den Erfolg ihrer Arbeit, ihre Investitionsbereitschaft und zugleich die Zukunftschancen des Stadtteils gekoppelt ist. Der Verein umfasst von Anfang an sowohl das so genannte „westendtypische“ alteingesessene deutsche Gewerbe als auch die inzwischen sehr expansive überwiegend türkische Migrantenökonomie.

2. Eingebunden in die Unterstützungsstruktur, auf die der Verein auch nach Auslaufen des Förderzeitraums angewiesen bleibt, ist auf Seiten der Kommune das auch für die Nachhaltigkeit von QM im ehemaligen Programmgebiet der „Sozialen Stadt“ zuständige Amt für soziale Arbeit, die stadt eigene SEG als Träger des operativen Managements in den Stadtteilentwicklungsgebieten mit Erfahrung im Umgang mit PPP-Projekten. Dort ist auch ein EFRE-basiertes Wirtschaftsförderungsprogramm in der Bleichstraße, einem Teilbereich des Westends, angesiedelt. Hinzu kommen Projekte, die flankierend zur ökonomischen Stabilisierung des Gebietes im Rahmen des Programms „HEGISS-Innovationen“ (Bund/Land Hessen) aufgelegt wurden und sich jetzt in erweiterten Strukturen mit Unterstützung des Amtes für Zuwanderung und Integration und des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden verstetigen: USOS stärkt die Ausbildungsfähigkeit in der Migrantenökonomie und begleitet die dazu passenden Jugendlichen, in einem weiteren Projekt werden migrantische Existenzgründer beraten und gecoach.

3. Ziel und Zweck der Vereinstätigkeit ist die positive Entwicklung der gemeinsamen stadtteilbezogenen Grundlagen des Geschäftsumfeldes: Imagepflege, Werbeaktionen, konkrete Initiativen zur Verbesserung des Erscheinungsbildes, der Vermeidung von Leerständen, der Diversifizierung des Branchenmixes und der wirkungsvollen Interessenvertretung gegenüber politischen Gremien und Entscheidungsträgern. Konkrete aktuelle Beispiele für dieses Engagement sind zum einen die Beschäftigung eines Quartiershausmeisters über den Verein und zum anderen die aktive Rolle des Vereins bei der Suche nach einem tragbaren sozialen Kompromiss im Konflikt mit der zeitweilig massiven Alkohol- und Drogenszene im Stadtteil.

4. Die Mitgliederzahl des Vereins liegt inzwischen bei ca. 50, darunter ca. zwei Drittel Betriebe der so genannten Migrantenökonomie.





Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft?

Imagefragen sind oft Fragen des öffentlichen Raumes. Es ist sehr wichtig, dass Gewerbetreibende im ureigenen Interesse über ihre rein private Sphäre hinaus auch Verantwortung für den öffentlichen Raum übernehmen.

Auch das geschlossene Auftreten gegenüber der „Politik“, sowohl in direkten Gesprächen als auch in den Medien, steigert erheblich die Aufmerksamkeit auch bei den für rein soziale Fragen oft weniger sensiblen, aber durchsetzungsfähigen politischen Akteuren.

Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Unerlässlich war und ist vermutlich in den meisten Fällen ein An Schub über das QM. Als Schlüssel zum Erfolg hat sich erwiesen, dass im QM Westend von Anfang an Wert gelegt wurde auf den Einsatz von Fachleuten mit türkischem Migrationshintergrund. Dieser Standard konnte auch nach Ausscheiden eines langjährigen Mitarbeiters, dem auch die Gründung des Vereins KUBIS zu verdanken ist, auf die „zweite“ Generation übertragen werden. Doppelt hilfreich war, dass der jetzige Inhaber dieser Position, einer von zwei im QM professionell eingesetzten Kräften, eine abgeschlossene höhere kaufmännische Ausbildung hat und durch seinen familiären Hintergrund selbst der Migrantenökonomie im Quartier angehört.

Nur so konnte durch seine Person auch die vorteilhafte Personalunion zwischen den Vereinen KUBIS und Initiative Westend hergestellt werden, in denen er jeweils die Position des 2. Vorsitzenden einnimmt.

Programmgebiet Soziale Stadt:

Wiesbaden-Westend (seit 2009 aus gefördert)

Träger / Einrichtung: Kubis e.V. Verein für Kultur, Bildung und Sozialmanagement

Kontakt:

Mustafa Akbulut
Wellritzstraße 49
65183 Wiesbaden
Mail: mustafa.akbulut@kubis-wiesbaden.de
Homepage: www.kubis-wiesbaden.de

Handlungsfelder:

Lokale Ökonomie; Beschäftigung und Qualifizierung; Integration

Projektbeteiligte Akteure:

Kommune (Abteilung): Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für soziale Arbeit (zuständig für Aktivitäten der sozialen Stadtteilentwicklung innerhalb und außerhalb des Programms Soziale Stadt)
öffentl.-priv. Koop.: Stadtentwicklungsgesellschaft/ SEG (Träger des operativen Managements für Stadterneuerungsprogramme in Wiesbaden)
Verein: KUBIS e.V. (Stadtteilverein, Träger des QM)
Privat: Gewerbetreibende, Hauseigentümer

Laufzeit des Projekts:

Beginn: 2004 (Gründung Kubis e.V.), Neustart: 2008 (neuer Vorstand/Mitarbeiter, neue Vertragsgestaltung), Abschluss: offen (wahrscheinlich 2012)

Ostpol° Kredit – Mikrokredite für Selbstständige im Quartier

Offenbach am Main, Hessen



Die Evaluation von Modellvorhaben hat gezeigt, dass Mikrofinanzierung ein wichtiges Element zur Stärkung der lokalen Ökonomie sein kann. Mit dem quartiersbezogenen Aufbau einer Mikrofinanzstruktur sind allerdings folgende Probleme verbunden:

1. **Aufbauproblem:** Quartiersbezogene Mikrofinanzierung ist eine Querschnittsaufgabe mehrerer Ressorts. Abstimmungsprozesse dauern lange, die Einbindung der lokalen Bank ist schwierig.

2. **Fehlende Eigenwirtschaftlichkeit:** Selbst wenn das Aufbauproblem gelöst ist, kann eine wirtschaftliche Kreditvergabe erst ab mindestens 150 Krediten erfolgen. So viele Kredite sind in einem begrenzten Quartier nur schwer auszureichen.

Vor diesem Hintergrund etabliert das Projekt eine quartiersbezogene interkommunale Mikrofinanzstruktur mit lokaler Verankerung von Quartiersberatern. Eine gemeinsame Mikrofinanzstruktur ermöglicht es 5 Quartieren, Mikrofinanz für kleine Unternehmen bzw. Selbstständige im Quartier verfügbar zu machen.

Damit werden beide oben genannte Probleme gelöst:

1. **Lösung des Aufbauproblems,** denn die Partner-Quartiere nutzen ein fertiges Mikrofinanzsystem und müssen lediglich in ihren Kommunen den Anschluss organisieren.

2. **Eigenwirtschaftlichkeit** wird erreicht, indem sich mehrere Quartiere zusammenschließen. Damit werden insbesondere die erforderlichen Mindeststückzahlen realistisch, weil der Aktionsradius nicht mehr auf nur ein Quartier beschränkt ist.



Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft?

Die ökonomischen Strukturen von Quartieren sind über viele Jahre gewachsen. In dieser Zeit sind Unternehmen entstanden und wieder verschwunden. Ebenso hat sich das Umfeld verändert, oft gerade auch die Kundenstruktur, die teils mit der Bewohnerstruktur deckungsgleich ist.

Nach den bisherigen Erkenntnissen ist Mikrofinanzierung sehr gut geeignet, kleinen Unternehmen bei Finanzierungsproblemen zu helfen. Investitionen werden ermöglicht, die Rückzahlung von Krediten funktioniert, kleine Unternehmen werden bankfähig.

Wir erhalten zahlreiche Finanzierungsanfragen aus dem *gesamten* Stadtgebiet. Die Nachfrage nach Finanzierung *speziell im* Quartier ist aber noch nicht gewaltig. Der Mangel an Ideen, an Marktchancen oder unternehmerischem Engagement scheint daher in den Quartieren größer zu sein als das mit unserem Angebot nun gelöste Finanzierungsproblem. Ein Mikrofinanzangebot allein scheint daher nicht geeignet zu sein, einen grundlegenden Strukturwandel zu bewältigen. Mikrofinanz darf also nicht als „Allheilmittel“ verstanden werden. Es bedarf vielmehr eines mehrdimensionalen Förderkanons, denn das Problem der Finanzierung ist nur eines von vielen.

Gelungen ist in unserem Projekt, das oben genannte Aufbauproblem einer Mikrofinanzstruktur zu lösen. Es ist heute sehr leicht, in Quartieren Mikrofinanzierung anzubieten und umzusetzen.

Das zweite oben genannte Thema, die Eigenwirtschaftlichkeit, wird allerdings kaum zu erreichen sein. Mikrofinanzierung im Quartier bleibt eine öffentliche Förderaufgabe, die sich auch mittelfristig nicht aus sich selbst heraus finanzieren kann. Dies zeigen auch Evaluationsergebnisse aus dem europäischen Ausland. Gleichwohl ist der beschrittene Weg, Quartiere für ein Mikrofinanzsystem zusammenzuschließen, richtig, denn so sind die Kosten niedriger, als sie bei Alleingängen wären.



Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Förderlich wäre:

- eine Erhöhung des Projektbudgets, so dass noch mehr Quartiere ein Mikrofinanzangebot schaffen können;
- eine Erweiterung des Projektansatzes um einen mehrdimensionalen Ansatz der Quartiersförderung (Quartiersmarketing).

Hinderlich ist:

- eine rigide Beschränkung der Kreditvergabe unter Quartiersgesichtspunkten. Mikrofinanzierung ist in jedem Fall ein sinnvolles Instrument der Wirtschaftsförderung. Und wir brauchen hohe Stückzahlen, um in der Mikrofinanzierung zu geringeren Stückkosten zu kommen. Eine Fokussierung auf das Quartier mindert dagegen Stückzahlen und verteuert so die Mikrofinanzstruktur.

Übertragbar ist:

- das Mikrofinanzsystem, einschließlich der Mikrofinanzpartnerschaften der beteiligten Quartiere.

Programmgebiete Soziale Stadt:

Offenbach: Östliche Innenstadt

Duisburg: Marxloh, Dichterviertel, Bruckhausen, Beeck

Gelsenkirchen: Ückendorf-Nord, Neustadt, Bulmke-Hüllen

Leipzig: Stadt Leipzig, Leipziger Osten, Leipzig-Grünau

Träger / Einrichtung:

KIZ gemeinnützige Projektgesellschaft mbH, Offenbach

Handlungsfeld: Lokale Ökonomie

Kontakt:

Elisabeth Neumann / KIZ

Hermann-Steinhäuser-Str. 43-47
63065 Offenbach

Tel.: 069 - 667796 202

Mail: elisabethneumann@kiz.de

Homepage: www.miqua.de

Projektbeteiligte Akteure:

Büro für lokale Wirtschaftsentwicklung Gelsenkirchen Süd-Ost, EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH, ugb Unternehmensbüro Leipzig

Dienstleistung und ortsnahe Rundumversorgung – DORV

Jülich, Nordrhein-Westfalen

Die Ausgangslage im Jülicher Ortsteil Barmen (1.400 EW) ist eine sehr typische Situation im ländlichen Raum. Die Nahversorgung geht in vielen Dörfern (und mittlerweile auch in vielen Stadtteilen) zurück oder ist teilweise schon nicht mehr vorhanden. Darunter leidet die Lebensqualität, insbesondere für ältere und behinderte Menschen, aber auch für Kinder und Jugendliche.

Eine geschlossene Bäckerei, eine Metzgerei, ein Lebensmittelgeschäft und die Schließung der Sparkasse veranlassten die Bürger im Ortsteil Barmen, dem Verlust ihrer Nahversorgung entgegenzuwirken. Für viele Bürger Barmens schien es unzumutbar, zwei Kilometer bis zum nächsten kleinen Nachbarort bzw. sechs Kilometer bis nach Jülich (33.000 EW) zu gehen, um die Dinge des täglichen Lebens zu besorgen. Öffentliche Verkehrsmittel standen nur mittels eines Busses, der nur einmal in der Stunde fährt, zur Verfügung. Darum war es Ziel der Barmener, wieder eine Nahversorgung im Ortsteil herzustellen und die Lebensqualität damit zu erhöhen.

Im ehemaligen Gebäude der Sparkassenfiliale des Ortsteils Barmens schufen die Bürger mit großem Engagement und ohne jegliche finanzielle Unterstützung „ihren“ neuen Ortsmittelpunkt – das DORV-Zentrum (Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung). Dabei handelt es sich um einen modernen „Tante-Emma-Laden“. Dort werden Nahversorgung, Dienstleistungen, sozial/medizinische Dienste, Kommunikation und Kultur nach dem so genannten „5-Säulen-Modell“ gebündelt. Im DORV-Zentrum bestimmt die Nachfrage das Angebot. Nur wenn die Wünsche der Bürger erfüllt werden, bleiben sie ihrem Laden treu und das Konzept geht auf.

Inzwischen ist das DORV-Zentrum zum Mittelpunkt Barmens geworden und nicht mehr wegzudenken. Neben dem Angebot an Zeitschriften und Schreibwaren gibt es Getränke und Lebensmittel, die auch aus der Region stammen. Hinzu kommen Dienstleistungen wie beispielsweise die Paketannahme und Reinigung von Kleidung. Angelegenheiten in Bezug auf Führerscheine und Kfz-Zulassungen lassen sich dort regeln, für die man sonst die 25 Kilometer entfernte Kreisstadt Düren besuchen müsste. Versicherungsvertreter beraten, ein Seniorenhandwerkerdienst lässt sich Aufträge vermitteln und ein Reisebüro legt Prospekte aus.



Als Projekt zur Wiederherstellung der Nahversorgung gestartet, hat sich das Profil des DORV-Zentrums ständig weiterentwickelt. Mit dem Umbau einer Wohnung durch ehrenamtliche Helfer zur Praxis haben die Barmener sogar wieder einen Allgemeinmediziner für den Ortsteil gewinnen können. Auf Nachfragen zur Gestaltung eines Bürgertreffs wurde der Café-Bereich ausgebaut. Nicht zuletzt wurden spezielle Lieferdienste für ältere und behinderte Menschen eingerichtet. Demnächst wird die Apotheke aus dem Nachbarort eine Rezeptbox im Laden aufstellen, die Medikamente besorgen und ausliefern.

Wer im DORV-Zentrum seine Dienste anbietet, zahlt eine Provision, wie zum Beispiel auch die Sparkasse für den Standort ihres Automaten. Insgesamt bietet der Laden zwei Vollzeitkräften und sechs 400-Euro-Kräften Arbeitsplätze.

Finanziert wurde das Projekt durch die Barmener selbst mittels Bürgeraktien für je 250 Euro, Privatkrediten und Spenden. Durch den hohen Anteil an Eigenleistung bei den Umbaumaßnahmen kostete das neue Nahversorgungszentrum samt Ausstattung lediglich 100.000 Euro.

Seit kurzem wird die Idee in andere Orte transferiert. Derzeit gibt es 4 weitere DORV-Zentren nach Vorbild Barmens. Weitere sind in der Entstehungsphase (ca. 10). In allen Orten ist das Thema der Finanzen ein Problem, da es keine Förderung in diesem Bereich gibt. Darum muss erstmal ein zeitaufwändiger Prozess in Gang gesetzt werden, der die Bürger mitnimmt und die langfristigen Vorteile für die Lebensqualität aufzeigt.

Inzwischen prüft ein eigens dazu gebildetes Kompetenzteam gegen Honorar, mit einer Basisanalyse die Voraussetzungen für die Einrichtung eines DORV-Zentrums mit konkreten Zahlen bis hin zu Standortvorschlägen und Handlungsempfehlungen. Darauf aufbauend werden gemeinsam mit den Gemeinden weitere Schritte zur Umsetzung erarbeitet. Beispielsweise wurden in Völlinghausen im April 2010 und im Preuswald, einem kleinen Stadtteil Aachens, im Oktober 2010 zwei weitere DORV-Zentren eröffnet.

Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Das DORV-Zentrum hat sich zum Lebensmittelpunkt für alle Bevölkerungsteile im Ort entwickelt. Besonders ist der kontinuierliche Prozess hervorzuheben, in dem sich mit wandelnden Bedürfnissen der Bewohner das Versorgungsangebot verändert und so die Lebensqualität nicht nur durch Nahversorgung steigert.

Das Projekt konnte ohne öffentliche Fördermittel gestartet und betrieben werden. Da es keine Gewinnerzielungsabsicht gibt, müssen lediglich die Kosten erwirtschaftet werden, was bislang gut funktioniert. Die Basis zur wirtschaftlichen Stabilität ist die Verankerung von Dienstleistungen, die zum finanziellen Gelingen beitragen.

Nicht zuletzt sind solche Projekte vom bürgerschaftlichen Engagement abhängig. Dies ist eine „zwingende“ Voraussetzung zum Gelingen eines Projektes nach diesem Vorbild.

Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Ziele der Übertragbarkeit:

- Nahversorgung sicherstellen
- Lebensqualität verbessern
- wohnortnahe Arbeitsplätze schaffen
- neue Wege zur Kommunikation und Information nutzen
- Integration von Neubürgern beschleunigen
- regionale Identität stiften durch Angebote von Produkten regionaler Erzeuger (Landwirte, Metzger und Bäcker)
- Selbstversorgung für immobile Menschen und junge Familien ermöglichen
- Leben im gewohnten sozialen Umfeld ermöglichen
- Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum ermöglichen
- medizinische Versorgung sicherstellen

Programmgebiet Soziale Stadt: nein

Träger / Einrichtung: DORV GbR

Kontakt:

Heinz Frey / Jürgen Spelthann
Kirchstraße 29
52428 Jülich
Tel.: 02461-1373 / 0241-4303282
Mail: frey@dorv.de / spelthann@dorv.de
Homepage: www.dorv.de

Handlungsfelder:

Dienstleistungen; Engagement und Aktivierung;
Lokale Ökonomie

Projektbeteiligte Akteure:

öffentl.-priv. Koop.: Stadt Jülich / Kreis Düren
Verein: DORV-Verein

Laufzeit des Projekts:

Seit 09 / 2004

Agentur für gesellschaftlich nützliche Qualifizierung und Beschäftigung im Sprengelkiez Berlin

Das BIWAQ-Projekt eröffnet neue Möglichkeiten der individuellen, beruflichen und sozialen Integration von Erwerbslosen im sozialen Nahraum, dem „Sprengelkiez“ in Berlin-Wedding. Ergänzend zur individuellen Begleitung von Erwerbslosen verknüpft und stärkt die Agentur vorhandene Projekte, Netzwerke und Unterstützungsstrukturen und entwickelt diese weiter. Sie ist im „Interkulturellen Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung SprengelHaus“ angesiedelt.

Handlungsfelder und Aktivitäten

- Individuelle Begleitung, Beratung, Qualifizierung und Coaching von Erwerbslosen (Teilmaßnahmen: „Job-Chance“, „ÖBS im Sprengelkiez“, „Lokale Ökonomie und Beschäftigungsprojekte“)
- Stärkung von örtlichen Unterstützungseinrichtungen und Kooperationsstrukturen
- Systematische Erschließung gesellschaftlich nützlicher Beschäftigungs- und Geschäftsfelder
- Aufbau der Agentur als lokale / regionale Unterstützungseinrichtung

Auswertung und Erfahrungsaustausch

Nachhaltigkeit und Transfer der Projektergebnisse

Das Vorhaben ist in die Entwicklung einer dauerhaften Infrastruktur (SprengelHaus) für die Quartiersentwicklung eingebettet, auf die sich alle Aktionen und Maßnahmen beziehen, und dient der Organisationsentwicklung des Kommunalen Forums und der Partner, um eine nachhaltige Beschäftigungsentwicklung im Stadtteil sichern zu können. Das Wissensmanagement inklusive Genderaktivitäten innerhalb des Gesamtprojektes ist ein Aufgabenfeld der formativen Evaluation. Der Wissenstransfer nach Außen wird durch die wissenschaftliche Begleitung (wB) gesichert und findet unter Beteiligung der Projektpartner statt. Zentral stehen für den Wissenstransfer ‚lokale Foren‘, in denen mit den Projektteilnehmern und dem Umfeld aus sozialer, ökonomischer und politischer Praxis ausgesuchte Themen diskutiert werden, um die Projekterfahrungen auch außerhalb des Projektes als Beispiel guter Praxis zu vermitteln. Zwei Fachveranstaltungen richten sich an die überregionale Fachöffentlichkeit, und durch die Beteiligung an nationalen Debatten, Broschüren und Fachveröffentlichungen wird der fachliche Wissenstransfer vermittelt.

Arbeit für mehr Lebensqualität im Stadtteil

Die Agentur für gesellschaftlich nützliche Qualifizierung und Beschäftigung im Sprengelkiez (kurz: BIWAQ im Sprengelkiez) eröffnet neue Möglichkeiten der individuellen, beruflichen und sozialen Integration von Erwerbslosen im sozialen Nahraum, dem „Sprengelkiez“ in Berlin - Wedding. Ergänzend zur individuellen Begleitung von Erwerbslosen verknüpft und stärkt die Agentur vorhandene Projekte, Netzwerke und Unterstützungsstrukturen und entwickelt diese weiter. Sie ist im „interkulturellen Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung SprengelHaus“ angesiedelt.

Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft?

Im Bereich lokale Ökonomie und Beschäftigungsprojekte, an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft, kooperiert die Agentur mit dem strategischen Projektpartner Stadtteilgenossenschaft Wedding eG. Die Koordinierung der Gründung der Stadtteilgenossenschaft Wedding eG erfolgte durch das Kommunale Forum im Rahmen einer Anschubfinanzierung des Quartiersmanagements in den Jahren 2000-2001. Das „Soziale Unternehmen“ wurde am 18.10.2000 von 37 Bewohner/innen und gemeinnützigen Organisationen gegründet.

Kerngeschäft ist heute ein Malermeisterbetrieb mit 7 Beschäftigten und 2 Auszubildenden. Im Wirtschaftsnetzwerk der Genossenschaft sind aktuell 20 Mitgliedsbetriebe und gemeinnützige Organisationen zusammengeschlossen, die überwiegend im Bausektor tätig sind. Im Wirtschaftsnetzwerk werden unterschiedlichste Kooperationsvorhaben umgesetzt.

„Kooperation im Bausektor“: gegenseitige Vermittlung von Aufträgen, Bietergemeinschaften im Wirtschaftsnetzwerk, gemeinsames Marketing.

„Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von jungen Erwachsenen und Langzeitarbeitslosen“: Ausbildungsplätze und Einstellung von Langzeitarbeitslosen im Malermeisterbetrieb, Trainingsmaßnahmen, Praktika im Wirtschaftsnetzwerk.

„Partnerschaftsprojekte zur Quartiersentwicklung“: Modellhafte Bauvorhaben in Verbindung mit Qualifizierung und Berufsorientierung.

„Stadtteilmarketing“: Quartiersmanagementprojekte „Sprengelwochen – Alle Welt im Sprengelkiez“ (2005-2008) und das Gewerbeinfoleitsystem im Sprengelkiez. Das Infoleitsystem mit zwei Infosäulen im Quartier trägt sich bis heute über die Anzeigen der Gewerbetreibenden.

Im Rahmen des BIWAQ-Projekts wurden 2010 die Aktion „Soziale Verantwortung im Handwerk“ und eine Veranstaltungsreihe mit dem Fachforum „Energetische

Sanierung und Beschäftigung im Quartier“ gestartet. In beiden Handlungsfeldern werden auch 2011 Bauvorhaben in Verbindung mit Beschäftigungsförderung umgesetzt.

Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Besonders förderlich ist die Einbindung in vorhandene Kooperationsstrukturen und in das „SprengelHaus“ (Interkulturelles Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung) als zentraler Ort der Aktivitäten. So können die Ressourcen und Synergien zwischen den strategischen Projektpartnern optimal genutzt werden. Die Vorgehensweise der Anknüpfung an vorhandene Kooperationsstrukturen und die Zusammenarbeit mit einem Gemeinwesenzentrum im Quartier sind übertragbar auf andere Quartiere. Die Besonderheiten der strategischen Partner insbesondere mit der spezifischen Struktur der Stadtteilgenossenschaft Wedding eG sind jedoch Ergebnis einer 20-jährigen Vorgeschichte und des langjährigen Engagements von konkreten Personen. Andere Quartiere haben andere Vorgeschichten, Persönlichkeiten und Kooperationskulturen.

Hinderlich ist die fehlende Planbarkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Mit dem Wegfall des „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“ (ÖBS) ist die Möglichkeit genommen bzw. wesentlich erschwert worden, mit Erwerbslosen aus dem Quartier langfristige Beschäftigungsperspektiven in gesellschaftlich nützlichen Beschäftigungsfeldern des Quartiers zu entwickeln.

Ein weiteres Hindernis sind die administrativen Rahmenbedingungen bei der Umsetzung des Projekts. Die Verwaltung des Projekts ist aufwändiger und zeitintensiver als bei anderen Programmen. Insbesondere ist keine verlässliche Liquiditätsplanung möglich, so dass vor allem kleinere Träger ein hohes finanzielles Risiko für die Vorfinanzierung und Finanzierung des Projekts eingehen müssen.

Programmgebiet Soziale Stadt:

Quartiersmanagement Sparrplatz / Sprengelkiez

Träger / Einrichtung:

Kommunales Forum Wedding e.V.

Kontakt:

Willy Achter / Hans-Georg Rennert
Sprengelstraße 15
13353 Berlin
Tel.: 030 - 46507355
Mail: kom.forum@web.de
Homepage: www.kommunales-forum-wedding.de

Handlungsfelder:

Lokale Ökonomie; Beschäftigung und Qualifizierung

Projektbeteiligte Akteure:

Kommune (Abteilung): Bezirksamt Mitte von Berlin, Quartiersmanagement Sparrplatz, JobCenter Berlin Mitte
Verein: Gemeinsam im Stadtteil e.V.
Freier Träger: Aktiv im Kiez e.V.
Privat: Stadtteilgenossenschaft Wedding eG.
Sonstige: Comovis GbR, Regionalbüro Rungestraße, Fachhochschule Potsdam

Laufzeit des Projekts: 01 / 2009 – 10 / 2012

WohnQuartier⁴ = Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten

Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen

Im Zuge der demografischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Wandels zeichnet sich ab, dass die altersgerechte Gestaltung von Wohnen und Leben in den Quartieren eine der wichtigsten Zukunftsherausforderungen ist. Auf der Suche nach Lösungen haben Fachleute verschiedener Disziplinen und Institutionen sowie VertreterInnen von Ehrenamt, Kunst und Design das Konzept WohnQuartier⁴ entwickelt. WohnQuartier⁴ knüpft an die Erfahrungen der Städtebauförderprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau“ an, setzt dabei auf integrierte Stadt(teil)planung und Sozialraumorientierung, fördert den Aufbau von Vernetzungs- und Mitwirkungsstrukturen und verfolgt konsequent das Anliegen „präventiv vor ambulant vor stationär“.

Von April 2008 bis März 2011 wird das Modellkonzept als Kooperationsprojekt der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., des Ev. Erwachsenenbildungswerks Nordrhein e.V. und des Baudienstleisters HOCHTIEF Construction AG mit Mitteln der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW an zwei städtischen Pilot- und zwei ländlichen Referenzstandorten erprobt.

Hier werden gemeinsam mit weiteren lokalen Kooperationspartnern und Bewohnern und in enger Abstimmung mit der kommunalen Stadtentwicklung die vier Faktoren

- Wohnen & Wohnumfeld
- Gesundheit & Service und Pflege
- Partizipation & Kommunikation
- Bildung & Kunst und Kultur

zu integrativen Strategien, Konzeptbausteinen und konkreten Projekten verknüpft und umgesetzt.



An allen vier Modellstandorten (Essen-Altenessen, Remscheid-Hohenhagen, Grefrath-Oedt, Burscheid) haben die Träger vor Ort bereits vielfältige Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht, wirkmächtige Netzwerke und innovative Kooperationen aufgebaut, sich damit zukunftsweisend im Quartier und auch der Gesamtstadt positioniert und dabei konsequent alle vier Faktoren bedacht.

Zielgruppen dieses innovativen Beratungs- und Entwicklungsansatzes auch außerhalb der Modellstandorte sind:

- Träger und Einrichtungen der Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe
- Mitarbeiter/innen aus der sozialen Arbeit
- Wohlfahrtsverbände
- Wohnungsbaugesellschaften
- Kirchengemeinden, Kirchenkreise
- Kommunen
- Stadtteilinitiativen, Wohngruppen.

Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft?

Deutlich wird sowohl an den städtischen als auch den ländlichen Modellstandorten, dass die Zukunftsentwicklung von Quartieren, Einrichtungen und Angeboten nur als integrierter Prozess begriffen werden kann, und dass die Koordination der komplexen Interessenlagen idealerweise ein hochprofessionelles Quartiermanagement, zumindest aber eine unabhängige Moderation benötigt.

Sozialdienstleister und Wirtschaftsunternehmen haben hierbei mit Blick auf die Zukunftssicherung ihrer Standorte und die langfristige Kundenbindung die Chance, als Träger öffentlicher Belange offensiv und modellhaft an der Entwicklung auch schwieriger Quartiere mitzuwirken und dabei als Vorreiter die drängenden Zukunftsthemen öffentlichkeitswirksam zu besetzen.



Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen und Interessen der Bewohner im Sozialraum, und damit sowohl die Öffnung der eigenen Einrichtung ins Quartier als auch die Weiterentwicklung der Angebote für neue und vor allem mit neuen Zielgruppen und Milieus. Vor allem an nicht „markt-gängigen“ Standorten ist dies eine besondere Herausforderung für Wirtschaftsunternehmen. Hier sind in besonderem Maße Lösungsstrategien und Angebote gefragt, die gleichermaßen wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen gerecht werden. Erforderlich hierfür ist ein Einlassen auf komplexe und häufig ungewohnte Akteurskonstellationen und Projektentwicklungsverfahren und vor allem ein Zurückschrauben kurzfristiger Renditeerwartungen zugunsten langfristig tragfähiger Partnerschaften. Diese „Nische“ wird in der Regel nicht von bundesweit oder sogar global agierenden, börsennotierten Unternehmen bedient werden – hier ist die Zusammenarbeit mit kommunalen oder regional verankerten Unternehmen gefragt.

Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Mit Blick auf die Vielzahl der bereits umgesetzten und angestoßenen WohnQuartier⁴-Projekte und Initiativen an den Modellstandorten und in den Quartieren und Institutionen der Multiplikatoren aus den Weiterbildungsprogrammen lassen sich folgende übertragbare Erfolgsfaktoren aufzeigen:

1. Neue, zukunftsweisende Entwicklungspartnerschaft „Bauen, Bildung und Soziales“
2. Berücksichtigung aller relevanten Politik- und Handlungsfelder – 4 Faktoren-Modell
3. Entwicklung neuer Rollen für Träger der Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden und Unternehmen als aktive Partner der Kommune bei der Quartiersentwicklung
4. Entwicklung und Umsetzung lokalspezifischer Organisationsmodelle der altersgerechten Quartiersentwicklung – eingebunden in die kommunale Stadt(teil)entwicklung
5. Sozialraum- und Ressourcenorientierung als durchgehendes Planungsprinzip
6. „Raus aus der Käseglocke, rein ins Netzwerk“ – neue Kooperationen im Quartier, träger-, institutions- und konfessionsübergreifend
7. Empowerment – lebensweltnahe Beteiligungsformen und Gestaltungsspielräume von Beginn an und für alle
8. Integration von lokal- und akteurspezifischen Weiterbildungsangeboten als „Lernplattformen“ für Bewusstseinswandel und Rollenwechsel auf allen Ebenen
9. Integration von „Kultur als Lebensmittel“ – Impulsgeber und Sprachrohr zwischen den Generationen und Kulturen
10. Kultursensibilität bei Beteiligung und Ausgestaltung der Angebote
11. Integration von Beschäftigungsförderung z. B. zur Sicherung der Nahversorgung.

Programmgebiet Soziale Stadt: Nein

Träger / Einrichtung:

Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.,
HOCHTIEF Construction AG, Evangelisches
Erwachsenenbildungswerk Nordrhein

Kontakt:

Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.
Christiane Grabe
Lenastraße 41
40470 Düsseldorf
Mail: c.grabe@wohnquartier4.de
Homepage: www.wohnquartier4.de

Handlungsfelder:

Wohnen und Bauen; Dienstleistungen; Engagement und Aktivierung; Lokale Ökonomie; Beschäftigung und Qualifizierung; Integration; Gesundheit, Service, Pflege; Partizipation und Kommunikation; Bildung und Kultur

Projektbeteiligte Akteure:

Kommune (Abteilung): Stadtentwicklung, Stadtplanung, Soziales, Gesundheit, Kultur, Regionale Stelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
Wobau-Gesellsch.: u.a. THS Gelsenkirchen/Essen, Allbau AG, GEWAG Remscheid, GWG e.G. Remscheid, Immeo Wohnen
öffentl.-priv. Koop.: LEG Arbeitsmarkt und Strukturpolitik GmbH

Verein: Verein Lebens-Kunst, BV Altenessen 06, Cafetreff e.V., Sauerländischer Gebirgsverein, TV Jahn Remscheid u.a.

Freier Träger: Diakoniewerk Essen, Ev. Alten- und Krankenhilfe Remscheid e.V., Rheinische Gesellschaft für Innere Mission und Hilfswerk GmbH, Caritas Remscheid, Institut für Bildung und Kultur e.V., Arbeiterwohlfahrt Essen, Integrationsmodell e.V., Ev. Jugend- und Familienhilfe gGmbH, Familienzentrum Palmbuschweg, Kita Ahörnchen, Familienbildungsstätte Die Wiege e.V. u.a.

Privat: Ibs Immobilien AG

Sonstige: Ev. Kirchengemeinde Altenessen-Karnap, Ev. Johannes Kirchengemeinde Remscheid

Laufzeit des Projekts:

Förderzeitraum 04 / 2008 – 03 / 2010, Verstetigung geplant

Engagement-LOTSEN im Stadtteil

Halle (Saale), Sachsen-Anhalt

Das Projekt „Engagement-LOTSEN im Stadtteil“ ist ein landesweit vernetztes Modellprojekt in Sachsen-Anhalt und fördert bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen Stadtteilen in Bitterfeld-Wolfen, Halle (Saale) und Magdeburg. Mit Unterstützung lokaler Projektpartner werden stadtteilbezogene Freiwilligenprojekte zu konkreten Bedürfnislagen städtischen Zusammenlebens entwickelt und umgesetzt.

Aktuell setzen sich 30 Engagement-LOTSEN in ihren Quartieren für einen lebendigen Stadtteil ein, indem sie:

- neue Freiwilligenprojekte zu unterschiedlichsten Themen und für verschiedenste Zielgruppen ins Leben gerufen haben und diese mit weiteren lokalen Partnern, einschl. Partnern der Wirtschaft, umsetzen,
- mit den Vereinen und Organisationen im Quartier weitere ehrenamtliche Tätigkeitsfelder erschließen,
- Freiwillige vernetzen und Austausch organisieren,
- das Image ihres Stadtteils durch verschiedene Aktionen stärken,
- bürgerschaftliches Engagement als Form der Aktivierung und Beteiligung kommunizieren und so
- andere Menschen zu ehrenamtlichen Tätigkeiten beraten und dafür begeistern.

Detaillierte Informationen zu den bisherigen Aktivitäten und Projekten der E-LOTSEN sind als Broschüre im Mai 2010 veröffentlicht worden und unter www.lagfa-lsa.de abrufbar.

Zur Unterstützung der Engagement-LOTSEN finden regelmäßig landesweite sowie stadtteilbezogene Fortbildungen statt. Die E-LOTSEN werden von den Freiwilligenagenturen, den Quartiermanagern und beteiligten Partnern im Stadtteil unterstützt und begleitet.

Die Übertragung der Erfahrungen und Ergebnisse des Pilotprojekts auf weitere Stadtteile und Kommunen wird Schwerpunkt in 2011 sein.

„Engagement-LOTSEN im Stadtteil“ ist ein Pilotprojekt im Rahmen der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik und wird vom BMVBS/BBSR sowie vom Land Sachsen-Anhalt gefördert.



ENGAGEMENT-LOTSEN im Stadtteil

Bewohnerinnen und Bewohner machen sich für ihren Stadtteil stark

Das Projekt „**Engagement-LOTSEN im Stadtteil**“ ist ein landesweit vernetztes Modellprojekt der LAGFA Sachsen-Anhalt e.V. und fördert bürgerschaftliches Engagement in Bitterfeld-Wolfen, Halle-Neustadt und Magdeburg-Reform.



Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft?

Hervorzuheben ist das Engagement von zwei kommunalen Wohnungsunternehmen. In Bitterfeld konnte mit Unterstützung der NEUBI in der zentralen Fußgängerzone ein Familien- und Quartierbüro aufgebaut werden, in dem verschiedene Vereine und Initiativen ihr Angebot für das Gemeinwesen präsentieren. So wurde der Leerstand von Gewerberäumen überwunden und eine Möglichkeit für Bewohner geschaffen, sich zu informieren, zu qualifizieren oder sich zu engagieren.

In Magdeburg-Reform eröffnete mit Projektbeginn ein neuer Mietertreff der MWG. So ist der Koordinator der E-LOTSEN im Stadtteil erreichbar. Gleichzeitig fungiert der Treff als Quartierzentrum und Informationsstelle für die Bewohner.

Die Wohnungsunternehmen sind direkt am Projekt beteiligt und können durch die Vernetzung mit Akteuren der Gemeinwesenarbeit ihre Standortpolitik zielgerichtet umsetzen und ihren Kunden zusätzliche Angebote, z.B. Information und Vermittlung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, machen. Durch die Aktivitäten der E-LOTSEN sind wiederum vielfältige Angebote geschaffen worden, die die Bewohner/innen auch als „Konsumenten“ wahrnehmen können, z.B. Wanderungen durch den Stadtteil, Medien-BOTEN für ältere Menschen, Freizeitangebote für benachteiligte Kinder, Besuchsdienst für ältere Menschen.

Durch die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen ergaben sich in den einzelnen E-LOTSEN-Projekten weitere Kooperationen mit wirtschaftlichen Strukturen, z.B. dem Unternehmensnetzwerk ORWO Net AG Wolfen, einer Stadtteilgenossenschaft oder einem Biohof.

Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Die Schaffung von zentralen Anlaufstellen im Quartier durch die Wohnungsunternehmen oder die Träger des Quartiermanagements stellt eine förderliche Rahmenbedingung dar. Durch die Vorort-Präsenz der Koordinatoren ist eine stadtteilbezogene Erreichbarkeit sowohl für die E-LOTSEN als auch für die Kooperationspartner und Interessierte gegeben. Da diese Anlaufstellen – Stadtteilbüro, Familien- und Quartierbüro und Mietertreff – gemeinsam von mehreren Vereinen und Initiativen genutzt werden, findet eine stärkere öffentliche Wahrnehmung und Frequentierung statt, was wiederum einen Synergieeffekt für alle Beteiligten darstellt.

Aufbauend auf den bestehenden Wirtschaftskontakten sprachen die E-LOTSEN weitere lokale Unternehmen gezielt an und motivierten sie zur Mitwirkung. Die positive Berichterstattung in den lokalen Medien war wichtig für die Akzeptanz des Projektes und der Akteure.

Die direkte Beteiligung von Unternehmern, beispielsweise innerhalb des Projektbeirates, an den Aktivitäten im und für den Stadtteil sicherte den fachlichen Dialog und ermöglichte eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Der Projektansatz „Engagement-LOTSEN im Stadtteil“ ist sehr gut auf andere Quartiere zu übertragen. Denn für die Wohnungswirtschaft stellt die mit dem Projekt verbundene Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern in und für das Quartier eine Bereicherung, Identifikation und einen Haltefaktor dar. Darüber hinaus kann das lokale Quartiermanagement durch E-LOTSEN die Angebotsvielfalt für den Stadtteil erweitern und die Vernetzung der bestehenden Strukturen intensivieren.

Programmgebiete Soziale Stadt:

Halle-Neustadt
Wolfen-Nord
Magdeburg Neustädter Feld

Träger / Einrichtung:

LAGFA Sachsen-Anhalt e.V.

Kontakt:

Sulamith FenkI-Ebert
Leipziger Str. 37
06108 Halle (Saale)
Mail: e-lotsen@lagfa-lsa.de
Homepage: www.lagfa-lsa.de

Handlungsfeld:

Engagement und Aktivierung

Projektbeteiligte Akteure:

Kommune (Abteilung): Pressestelle der Stadt Bitterfeld-Wolfen
Wobau-Gesellsch.: MWG Wohnungsgenossenschaft eG Magdeburg, Neue Bitterfelder Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (Neubi)
öffentl.-priv. Koop.: SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH, (Quartiermanagement Halle-Neustadt; Quartiermanagement Magdeburg-Neustädter Feld), EWN Stadtteilmanagement & Stadtentwicklung mbH
Verein: Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Freiwilligenagentur Magdeburg e.V., Freiwilligenagentur MehrWERT im Landkreis Anhalt Bitterfeld; c/o biworegio e.V.

Laufzeit des Projekts: 04 / 2009 bis 07 / 2012

DressUp Deisterstraße – Revitalisierung einer Einzelhandelsachse

Hannover, Niedersachsen

Mit dem Projekt „DressUp Deisterstraße“ wurde ein Konzept gegen den ursprünglich hohen Laden-Leerstand (ca. 20%), die zahlreichen wenig attraktiven, häufig wechselnden Ladennutzungen und die hohe Frustration und Phantasielosigkeit des überwiegenden Teils der anliegenden Geschäftsinhaber entwickelt und umgesetzt. In leer stehende Läden (keine Vertreibung!) wurden im Rahmen eines Wettbewerbs einzelne kreative ExistenzgründerInnen angesiedelt, sowie mittelfristig ein Branchenschwerpunkt („Modedesign“) in ca. 10% der insgesamt etwa 80 Läden der Straße realisiert. Parallel wurden mehr als zehn Hausbesitzer mit einem Förderprogramm („Wir bezahlen Ihr Gerüst!“) motiviert, ihre ungepflegte Fassade streichen zu lassen. Zusätzliche ca. 40 Blumenkübel, vereinzelte Außengastronomie und etwa vierteljährliche gemeinschaftliche Aktionen eines wachsenden Teils der Anlieger führten zu einer erheblichen Verbesserung des Erscheinungsbildes, des Images und der Aufenthaltsqualität der Straße.

Das Konzept wurde als „Rohidee“ in den Stadtteil eingebracht, mit Politik, Geschäftsleuten, BürgerInnen, HauseigentümerInnen und KünstlerInnen aus dem Stadtteil diskutiert und dabei ständig weiter entwickelt. ReferentInnen aus anderen Städten und eine gemeinsame Exkursion nach Hamburg brachten zusätzliche Impulse.

Die Verantwortung für den Entwicklungsprozess wurde von den anfänglichen Impulsgebern im Laufe von drei Jahren immer stärker an die örtlichen Akteure übertragen, am Ende stand die Gründung eines Vereins der Akteure der Straße mit 30 Mitgliedern.

Die verschiedensten Aktivitäten zur Belegung der Deisterstraße haben insgesamt ca. 80.000 € gekostet, bis heute weist die Straße nahezu keinen Leerstand mehr auf, der gegründete Verein organisiert weiter regelmäßig Marketingaktionen und Feste. Diese Belegung ist auch dadurch möglich geworden, dass vor allem die örtliche stadtnahe Baugesellschaft Läden bis heute zu einem niedrigeren Preis abgibt – und die angesiedelten ExistenzgründerInnen aus dem Bereich Modedesign ihre Geschäfte vorrangig als Sprungbrett für eine erträumte berufliche Karriere ansehen und ihren Lebensunterhalt oftmals noch durch zusätzliche Aushilfstätigkeiten sichern müssen.

DressUp Deisterstraße

Belegung einer Einzelhandelsachse



Wo früher Telefongesellschafter und Spielballen das Straßenbild prägten, ist nun auch Anne Wendlandt eingezogen. Ihr Laden „Ems“ in Hausnummer 68 hat innerhalb sechs Wochen einen Stammgast.

Mode statt Miete

VON JULIANE KAYNE

Was findet sich nicht alles im Kleiderschrank – überstrapazierte Lieblingsstücke, Pullover von Fränkchen oder aber Garderoben, die nicht stört, was sie soll. Für solche Problemfälle bietet Geraldine Lindner maßgeschneiderte Lösungen an. Die 28-Jährige betreibt in der Deisterstraße in Linden-Süd eine Schnei-

Ein Jahr lang dürfen junge Designer kostenlos in den Ladenlokalen der Deisterstraße arbeiten. Das Projekt ist nicht nur für sie eine Chance – auch das Viertel soll attraktiver werden.

zielen Eröffnung der vier Läden alles fertig ist. Und nicht nur die beiden hoffen, dass die Deisterstraße zu einer neuen Adresse in Sachsen Mode wird. Potenzial gibt es: Noch stehen sieben weitere Läden leer.

Am 30. Juni feiert die gesamte Straße von 14 bis 19 Uhr ein Eröffnungsfest mit anschließender Party im „Kulturpalast“ in der Deisterstraße 24.

Was sind die besonderen Erfahrungen in Ihrem Projekt an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft?

„Der Einzelhandel“ als Teil des Stadtteiles leidet ebenfalls unter der Abwärtsentwicklung des Quartiers (Trading down), bis er selbst durch ein trostloses Erscheinungsbild mit zum Negativimage des Stadtteiles beiträgt (Ladenschließungen und -leerstand, in der Folge wenig attraktive Geschäfte mit oftmals wenig professionellen Inhabern, Mietausfälle führen zu sinkenden Investitionen der Hausbesitzer und damit zur Verwahrlosung der Gebäude). Umgekehrt: Eine lebendige Einzelhandelsachse wirkt imagebildend, macht den Stadtteil für Wohnungssuchende attraktiver und kann damit Beiträge für eine stärkere Durchmischung von Bewohnergruppen leisten.

Das Ziel in diesem Projekt war es also nicht, Geschäftsleute zu einem Sponsoring der „Parallelwelt“ Zivilgesellschaft zu motivieren, sondern sie wieder zu aktivieren, damit sie als Teil der Zivilgesellschaft ihren Beitrag zur Belebung des Quartiers leisten. Sie tun dies, indem sie ihre ureigenste Aufgabe wieder engagierter wahrnehmen – umgekehrt profitieren sie direkt aus den veränderten Rahmenbedingungen.

Was war besonders förderlich, was war besonders hinderlich für Ihr Projekt? Was lässt sich aus Ihrer Sicht in andere Quartiere übertragen?

Der Stadtteil Linden-Süd ist leider kein Soziale-Stadt-Stadtteil, dadurch war die Finanzierung des Projektes zunächst ein erhebliches Problem. Mit zunehmender Sichtbarkeit erster Erfolge des Projektes nahmen jedoch die Schwierigkeiten ab, Finanzierungsquellen für die einzelnen Maßnahmen zu erschließen.

Förderlich war vor allem bereits in der Konzeptionierungsphase die gute Zusammenarbeit eines ressortübergreifenden Projektteams aus Quartiermanagement, Moderationsbüro, Wirtschaftsförderung und der stadtnahen Baugesellschaft, der etliche der

leer stehenden Läden gehören. Im Laufe des Projektes entwickelte sich außerdem das bewusst geförderte Engagement der Geschäftsinhaber als zusätzliche Ressource, die unabdingbar war für die abschließende Verselbstständigung des Projektes.

Auf andere Quartiere ließe sich übertragen:

- Aufgrund der hohen Frustration der bisherigen Geschäftsleute nicht ausschließlich „endogene Potenziale“ fördern, sondern zusätzlich ambitionierte Pioniere (ExistenzgründerInnen) „importieren“.
- Nicht ausschließlich Bürgerwillen abfragen und umsetzen, sondern fachlich kompetente Lösung entwickeln. Akzeptanz und Zustimmung fördern durch Workshops, Exkursionen etc.
- Nicht nur „Branchenmix“ bringt eine Verbesserung, auch die Bildung eines „Branchenschwerpunktes“ (ca. 10-12 Läden, hier: Modedesign) kann Anziehungskraft und Umsatz erhöhen.
- Mit einem attraktiven Warenangebot und regelmäßigen Sonderaktionen nicht nur die BewohnerInnen des benachteiligten Stadtteils selbst, sondern auch kaufkräftigere Schichten aus den Nachbarstadtteilen ansprechen.
- Kooperation und ganzheitlicher integrativer Ansatz der beteiligten Fachressorts.
- So wenig wie nötig „für“, so viel wie möglich „mit“ den Anliegern entwickeln und umsetzen. „Aktivierung“ der Betroffenen bis hin zur Bildung einer selbst tragenden Initiative.

Programmgebiet Soziale Stadt: Nein

Projektkoordination:

Quartiermanagement Linden-Süd, Stadt Hannover

Kontakt:

Landeshauptstadt Hannover
Wolfgang Prauser (18.63.08)
Trammplatz 2
30159 Hannover
Tel.: 0511 - 168 41189

Mail: wolfgang.prauser@hannover-stadt.de

Handlungsfelder:

Lokale Ökonomie; Engagement und Aktivierung

Projektbeteiligte Akteure:

Kommune (Abteilung): Quartiermanagement und Wirtschaftsförderung

Wobau-Gesellsch.: Gesellschaft für Bauen & Wohnen Hannover

Verein: Später: Standortinitiative „Deisterkiez e.V.“

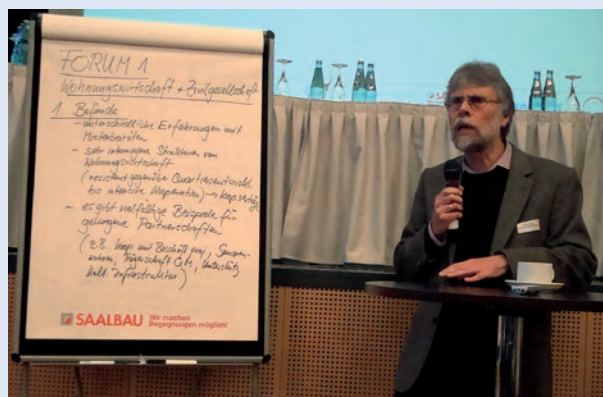
Privat: Moderationsbüro „PlanKom“

Sonstige: Geschäftsinhaber/Existenzgründer, Anwohner, Politik, sonstige Interessierte

Laufzeit des Projekts:

Erste Anfänge 2005, Gründung der Standortgemeinschaft 2008

Profile neuer Entwicklungspartnerschaften für die „Soziale Stadt“



Forum 1: Wohnungswirtschaft & Zivilgesellschaft

Referent/innen:

Volker Hug, Mieterbeiratsvorsitzender, Freiburger Stadtbau GmbH
Christiane Grabe, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Düsseldorf

Moderation:

Gerald Lackenberger, Stadtteilbüro Haslach, NACHBARSCHAFTSWERK e.V., Freiburg /Br.
Jürgen Maier, Stadtteilbüro Wormser Süden

Die in diesem Forum geschilderten Praxiserfahrungen machten deutlich: Es gibt ein breites Spektrum von Modellen quartiersbezogener Entwicklungspartnerschaft zwischen Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft. Letztlich korrespondiert die erzielte Investitionssicherheit für den Investor (Wohnungsbaugesellschaft) mit dem Grad seines Verantwortungsbewusstseins für die Stadtgesellschaft, also mit seiner Bereitschaft, sich umfassend auch mit den „weichen Standortfaktoren“ des jeweiligen Stadtquartiers auseinanderzusetzen.

Befunde und Erfahrungen

Volker Hug stellte die Rahmenbedingungen bei der Freiburger Stadtbau GmbH (FSB) vor, einer Gesellschaft in städtischer Trägerschaft mit Wohnungsbeständen in mehreren Stadtteilen Freiburgs (www.freiburgerstadtbau.de). In der Universitätsstadt Freiburg mit ihrem hohen Anteil von Studierenden-Haushalten erfüllt der kommunale Wohnungsbestand eine wichtige sozialpolitische Funktion am Wohnungsmarkt.

- Institutionalisierte Mieterbeiräte in der Kommunikation zwischen größeren Wohnungsbaugesellschaften und ihren Mietern in den einzelnen Stadtquartieren sind grundsätzlich eine gute Einrichtung, auch wenn sie im Einzelfall noch keine aktive Zusammenarbeit zwischen den Wohnungseigentümern und der Bewohnerschaft im Quartier garantieren. Der Erfolgsgrad der Zusammenarbeit von Mieterbeirat und Mietern ist abhängig von der Existenz eines Quartiersmanagements, aber auch vom persönlichen Engagement der konkret beteiligten Personen.
- Der Mieterbeirat in der FSB wurde gegründet, um die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mieter an der Unternehmenspolitik zu verbessern. Seine Mitglieder stehen dabei zugleich vor der Aufgabe, zwischen den Interessen von Mieterschaft und Unternehmen zu vermitteln. Die Tätigkeit im viermal jährlich tagenden Beirat ist abgesehen von einer geringfügigen Aufwandsentschädigung ehrenamtlich. Der Vorsitzende

ist Mitglied im 22-köpfigen Aufsichtsrat der GmbH, hat aber bei zentralen Unternehmensfragen, wie z. B. dem Kauf und Verkauf von Grundstücken bzw. Wohnungen, kein Mitspracherecht.

- Gute Erfahrungen bei der Mitwirkung von Mietern bei der Quartiersarbeit im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen gaben den Anstoß zur Gründung des Mieterbeirats in der (ebenfalls kommunal gehaltenen) Wohnbau Gießen GmbH. Seine Mitwirkungsrechte sind weitreichender als die des Freiburger Beirats.
- Die Kommunikation der Beiräte mit den Mietern erfolgt auf verschiedenen Wegen. Fragebogen an alle Mieter vermitteln ein repräsentativeres Bild von Problemen in den Quartieren, als dies über individuell vorgebrachte Einzelanliegen erkennbar wird. Regelmäßig lädt der Beirat zu Mietertreffen ein, die Beiräte gehen aber auch direkt in die Wohnquartiere – ggf. in Kooperation mit einem Quartiersmanager.
- Eine „Befriedung im Quartier“ kann auch über Kooperationsformen verfolgt werden, die unterhalb der Organisationstufe „Mieterbeirat“ bleiben, so z. B. die Erfahrungen im Stadtteilbüro Wormser Süden, einer Einrichtung des Diakonischen Werks. Sanierungsmaßnahmen werden dort nur in Kooperation mit dem Stadtteilbüro angegangen, das z. B. als erste Anlauf- und Klärungsstelle für Mieterbeschwerden fungiert.

Aus ihren Erfahrungen im Umgang mit Wohnungsunternehmen konnte Christiane Grabe die Perspektive der Wohnungseigentümer und deren Motive für eine Zusammenarbeit mit Mietern (und Kommunen) ergänzen. Dabei wurden die Besonderheiten der Eigentümerstrukturen anhand von Beispielen aus Wohnquartieren im Ruhrgebiet veranschaulicht. Grundsätzlich beobachtet sie eine sehr heterogene Struktur der Wohnungswirtschaft und dadurch bedingt sehr unterschiedliche Motive, Formen und Intensitäten einer Zusammenarbeit in der Quartiersentwicklung.

- Als Folge der Privatisierung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften zeigt sich insbesondere in Quartieren der „Sozialen Stadt“, dass die neuen Eigentü-

mer kaum greifbar sind, um sie in die Verantwortung für Pflege und Entwicklung ihres Besitzes zu nehmen; es sind quasi „flüchtige Akteure“, die nur eine kurzfristig maximierte Rendite im Auge haben. Größere Unternehmen mit Beständen an verschiedenen Standorten stellen einzelfallbezogene strategische Überlegungen an und investieren u.U. nur noch in ausgewählten Quartieren.

- Kleinere Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften sind mitunter nicht bereit oder imstande, Zukunftsfragen anzugehen und ihre Bestände sich wandelnden Nachfrage- bzw. Marktstrukturen anzupassen. Sind Einsicht und Handlungsfähigkeit zur Pflege der weichen Standortfaktoren aber gegeben, tendieren gerade kleinere Eigentümer dazu, durch Investitionen eine stabile Vermietung und in der Folge eine zwar niedrigere, langfristig aber gesicherte Rendite zu erwirtschaften.
- Ebenfalls unter den kleineren, regional verankerten Unternehmen finden sich auch solche, die besonders engagiert und innovativ vorgehen: Sie identifizieren Zukunftsfelder und setzen bei der Modernisierung oder dem Neubau von Wohnungen auf Nischen am Markt, die von den großen Wohnungsbauinvestoren bislang nicht wahrgenommen oder als wirtschaftlich uninteressant bewertet werden. So kommt es z. B. zur Schaffung von Wohngemeinschaften für spezielle Zielgruppen wie dementen oder psychisch kranken Personen.
- Manche Unternehmen erweisen sich als besonders verlässliche strategische Partner der Kommunen bei der Stadtentwicklung, indem sie z. B. von sich aus ein Quartiersmanagement einrichten, Seniorenbeauftragte einstellen, die kulturelle Infrastruktur stützen oder auch Kooperationsverträge mit der Kommune abschließen, um gemeinsam Aufgaben der Stadtteilarbeit wahrzunehmen. Motiv ist prinzipiell das Interesse der Unternehmen bzw. Investoren an langfristiger Renditesicherung und stabilen Vermietungen. Dies ist gerade angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen wie in vielen Kommunen des Ruhrgebiets wichtig: Hier geht es oft weniger um das Bauen und Modernisieren von Wohnungen als um die Bewahrung des sozialen Friedens im Quartier.
- Eine klassische Win-Win-Situation ergibt sich beim Zusammenführen von lokalem Handwerk/Gewerbe und Hauseigentümern. Der Aufbau solcher Partnerschaften bedingt aber gerade bei hohem Streubesitz einen großen Vermittlungsaufwand im Quartier. So wurde z. B. über Haus & Grund Berlin-Neukölln e.V. ein quartiersbezogener Stammtisch von Hauseigentümern organisiert, um die Gründung von Gemeinschaften zur Vergabe hausbezogener Dienstleistungen im Quartier zu fördern. Die Bedarfsanalyse zur Kopplung der Dienstleistungen an eine unmittelbar im Quartier wirksame Beschäftigung (z. B. von arbeitslosen Jugendlichen) erfolgt über einen Quartiersmanager.

Förderliche Faktoren für gelingende Entwicklungspartnerschaften

Aus dem Teilnehmerkreis heraus wurden abschließend Indikatoren genannt, die eine Entwicklungspartnerschaft zwischen Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft fördern:

- *Ein hoher Leidensdruck*, wenn z. B. in einem Problemquartier bereits hohe Leerstandsquoten bei Wohnungen und Läden bestehen;
- *ein angespannter Wohnungsmarkt*, der es erforderlich macht, den Marktanteil preiswerter Mietwohnungen zu erhöhen bzw. das Mietenniveau zu stabilisieren, z. B. durch kommunale Wohnungsbau- und Modernisierungsförderung. Die Gewährung von Baurecht zur Nachverdichtung in ihren Quartieren ermöglicht Wohnungsunternehmen eine höhere Rendite; als Gegenleistung können Vereinbarungen zur Stabilisierung der Bestandsmieten oder auch zur Mitfinanzierung sozialer Dienstleistungen getroffen werden.
- *die Aktivierung von Einzeleigentümern mit Beschäftigungswirkung für Mieter*, wobei z. B. ein Quartiersmanagement Beschäftigungsmaßnahmen über eine „Genossenschaft für Arbeit“ vermittelt, die kleinere haushaltsnahe Dienstleistungen anbietet;
- *die Existenz kommunaler Wohnungsbaugesellschaften* mit einem ausgewogenen Bestandsangebot in allen Segmenten am Wohnungsmarkt; sie sind wichtige strategische Partner der Stadtplanung;
- *soziales Engagement der Wohnungseigentümer*, um Mieter zu halten und Quartiere sozial zu stabilisieren; förderlich ist ein hohes Bewusstsein für den Stellenwert weicher Standortfaktoren;
- *gute Kommunikation und Kooperation* zwischen Wohnungsbauunternehmen und Kommune sowie gemeinnützigen Trägern, die öffentliche Gelder einsetzen bzw. akquirieren können;
- *persönliche Ansprache* der Mieter wie der Eigentümer; mit Thematisierung von Fragen auch zur Aufwertung des Umfelds, nicht nur zur Gebäudesanierung; Einsatz von Quartiersarchitekten zur individuellen Beratung nicht-professioneller Klein- und Einzeleigentümer im Quartier.

Forum 2: Sozialunternehmen & Zivilgesellschaft

Referenten:

Theodorus Maas, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg

Dierk Hausmann, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Stadtplanungsamt, Fachbereich 61.S, Sonderprojekte

Moderation:

Claudia Schwarz, Kommunales Forum Wedding e.V., Berlin

Uwe Lummitsch, LAG der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt (LAGFA), Halle/Saale

In diesem Forum wurden Vertreter verschiedener Akteursgruppen zusammengeführt: aus Sozialverbänden und Stadtteilarbeit, aus Stadtverwaltungen und Hochschulen, sowie Gewerbetreibende und Bewohner aus Stadtquartieren, in denen es Formen zivilgesellschaftlichen Engagements gibt.

Das von Theodorus Maas vorgestellte Beispiel der wirtschaftlichen Umstrukturierung und gesellschaftlichen Öffnung der Evangelischen Stiftung Alsterdorf in Hamburg zeigt, dass es für ein Unternehmen im sozialen Sektor interne und externe Impulse für den Aufbau einer Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft geben kann (www.alsterdorf.de). In den 1990er Jahren wurde im Rahmen einer wirtschaftlich und organisatorisch erforderlichen Sanierung sowie als Reaktion auf öffentliche Kritik an der unzeitgemäßen Behindertenarbeit eine Öffnung und Hinwendung zur Stadtgesellschaft vollzogen. Integration hieß zum einen, den Behinderten gesellschaftliche Teilhabe mit Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten in der Stadt zu verschaffen und sie dezentral zu betreuen. Zum anderen verbesserte die Evangelische Stiftung Alsterdorf durch das Angebot zusätzlicher Dienstleistungen im gesamten Stadtgebiet ihre ökonomische Struktur.

Befunde und Erfahrungen

Durch ihre konsequent vollzogene Öffnung zur Stadtgesellschaft (*Inklusion*) hat die inzwischen mit sozialen Dienstleistungen auf breiter Basis im Hamburger Stadtgebiet präsente Evangelische Stiftung Alsterdorf wichtige, auch übertragbare Erfahrungen einer Partnerschaft mit anderen zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteuren gemacht.

- Die Vermittlung der Behinderten in Beschäftigung und Arbeit (stadtteilbezogene Arbeitsplätze, auch Tagesbeschäftigung für Schwerstbehinderte) ist zentraler Sektor der Stiftungsarbeit geworden. Hieraus resultieren Kooperationen mit Akteuren in der Gemeinwesenarbeit, mit Wohnungsbaugenossen-

schaften und anderen Investoren, mit kommunalen Stellen, Arbeitsämtern und Arbeitsvermittlung, Gewerbe- und Industriebetrieben.

- Die engere Verbindung mit den Akteuren in den Stadtquartieren bedeutet für ein von außen kommendes großes Sozialunternehmen wie die Evangelische Stiftung Alsterdorf auch, die Dynamik der Quartiere zu akzeptieren und sich an umfassenden Fragen der (Um-)Gestaltung von Stadtteilen zu beteiligen. Eigene Beratungsbüros in den Stadtteilen für Behinderte (und andere Bürger) sind zu Nachbarschaftstreffpunkten geworden.
- Fragen des sozialen Miteinanders, des Angebots funktionierender und barrierefrei zugänglicher Infrastrukturen werden zusammen mit zivilgesellschaftlichen (und öffentlichen) Akteuren angegangen. Es geht darum, mit eigenen Präventionsmaßnahmen tragfähige soziale Strukturen zu schaffen und den Nachweis dafür zu erbringen, dass man als soziale Einrichtung einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Stabilisierung leisten kann, dass über eine geschickte Zusammenführung von Ressourcen mehr Menschen von der Hilfe profitieren können als bisher.
- Das Agieren in kleineren dezentralen Einheiten hat bei den Mitarbeitern der Evangelischen Stiftung Alsterdorf höhere Identifikationsmöglichkeiten mit der Arbeit geschaffen, als dies früher in den riesigen Anstalten der Fall war. Durch die Übernahme von Aufgaben in der Weiterbildung und der Jugendhilfe wurde zusätzliches Fachpersonal eingestellt und das Unternehmen auch hinsichtlich seiner Mitarbeiterstruktur auf eine breitere Basis gestellt.
- Um den Herausforderungen der Dezentralisierung begegnen zu können, braucht auch ein großes Sozialunternehmen wie die Evangelische Stiftung Alsterdorf Partner in den Quartieren, z. B. Genossenschaften bei der Beschaffung preiswerten Wohnraums für wohnungssuchende Menschen in Grundsicherung.
- Der Aufbau strategischer Partnerschaften wird erschwert, solange die Akteure in den Regimen von „Sozialgesetzbuch“ und „Baugesetzbuch“ nicht gut

miteinander vernetzt sind und die jeweilige Arbeitsweise und Perspektive nicht kennen.

Dierk Hausmann vom Stadtplanungsamt Frankfurt/Main stellte anschließend vor, welche Formen die Partnerschaft zwischen der kommunalen Planungsverwaltung und sozialen Akteuren annehmen kann. Dadurch, dass alle Programme der „Sozialen Stadt“ beim Stadtplanungsamt angesiedelt sind, gibt es vielfältige Kooperationen mit anderen Ämtern.

- Eine dezentrale und integrative Sicht auf Aufgaben der Quartiersentwicklung fällt im Stadtplanungsamt (und daneben im Sozialamt) leichter als in anderen Ämtern, macht aber generell Fortschritte.
- Die Komplexität ressortübergreifender Betrachtung kann die Beteiligten überfordern und erschwert den Ausbau integrativer Ansätze, die es bisher vor allem projektbezogen gibt. Vermutlich ist der Nachholbedarf für integrative Ansätze bei Landes- und Bundeseinrichtungen noch größer als im kommunalen Bereich.
- Bei Partnerschaften mit Unternehmen der freien Wirtschaft gilt es z.B., den Wert deutlich zu machen, den ein „gutes“ Umfeld für das Unternehmen hat. Dies fördert die Motivation zur Kooperation, zur Beteiligung an sozialen Entwicklungsaufgaben.
- Die Förderung von Kooperationen zur Stadtteilentwicklung sollte nicht nur auf Gebiete der „Sozialen Stadt“ beschränkt sein, sondern muss breiter angelegt sein. Das Frankfurter Sozialdezernat hat ein ergänzendes Programm aufgelegt („Aktive Nachbarschaft“), das fein abgestufte Eingriffsmöglichkeiten in den Quartieren eröffnet.
- Auf sich allein gestellt scheitern kleinere Sozialunternehmen bei Kooperationsvorhaben oft an ihren zu geringen Personalressourcen. Von Förderprogrammen profitieren sie kaum, weil ihnen das Knowhow fehlt, mit dem große Sozialunternehmen die Antragsverfahren bewältigen.

Förderliche Faktoren für gelingende Entwicklungspartnerschaften

Es gibt allgemein gültige, aber auch – je nach Beschaffenheit des Sozialunternehmens – ganz unterschiedliche Faktoren, die den Aufbau und den Erfolg von Entwicklungspartnerschaften mit der Zivilgesellschaft begünstigen.

- Auch ein etabliertes Sozialunternehmen ist gut beraten, nach außen zu schauen und sich für Impulse von außen offen zu halten. Voraussetzung einer Partnerschaft zwischen solchen Unternehmen und der Zivilgesellschaft ist deshalb zunächst ein Prozess des sich Öffnens. Dezentrale Strukturen in großen Unternehmen fördern auch die Identifikation der Mitarbeiter mit ihrer Arbeit.

- Kleinere Sozialunternehmen können sich besser an den Bedarf in ihrem Quartier anpassen, haben aber größeren Schwierigkeiten, nachhaltige Strukturen aufzubauen. Fehlen Ressourcen, können sich gut integrierte Einrichtungen um unentgeltliche Leistungen aus der Bürgerschaft bemühen.
- Eine öffentliche, auch mediale Aufmerksamkeit für Missstände in einzelnen Stadtquartieren fördert in Politik und Verwaltung die Unterstützung ressortübergreifender Strategieansätze, wenn diese mit zusätzlichem Mittel- und Personalbedarf verbunden sind. Es gibt das Problem, dauerhafte Aufmerksamkeit in der Politik für andauernde Probleme und Konflikte zu schaffen – nicht nur in Momenten vorübergehender Zuspitzung. Strategische, sozialraum-orientierte Partnerschaften (und Organisationsstrukturen) sind vor allem – aber nicht nur – in Quartieren mit besonders problematischen Bedingungen sinnvoll.
- Soziale Unternehmen sind in Prozesse der Quartiersentwicklung in Frankfurt/Main z. B. durch Beiräte eingebunden. Hilfreich erweist sich in der Kommunikation die qualifizierte Internetpräsenz des Stadtplanungsamts.
- In Hamburg formulieren Bürgerplattformen stadtteilbezogene Interessen gegenüber der Verwaltung, agieren aber ohne direkte Beteiligung städtischer Akteure und nicht konfrontativ.
- Die Verstetigung sozialräumlicher Partnerschaften in den befristeten Projekten der „Sozialen Stadt“ wird in Frankfurt/Main teilweise durch Fortführung im Rahmen der „Aktiven Nachbarschaften“ erreicht. So können aufgebaute Strukturen der Quartiersarbeit erhalten werden. Unabhängig von der Leistungsfähigkeit von Programmen wie „BIWAQ“ und „Soziale Stadt“ müssen Entwicklungspartnerschaften komplex erfasst werden, damit man die verschiedenen Ressourcen bündeln kann.
- Der ressortübergreifende Blick ins Quartier ist von zentraler Bedeutung und muss weiter ausgebaut werden – in Sozialunternehmen, aber auch in der öffentlichen Verwaltung. Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Entwicklung gemeinsamer Haltungen brauchen ihre Zeit; das muss man bei Kooperationen immer in Rechnung stellen. Zur Nachhaltigkeit des Ressourceneinsatzes in der Stadtteilarbeit und gelingender Kooperationen gehören die Netzwerkpflge und die Fortbildung von Mitarbeitern.

Forum 3: Handel und Dienstleistungen & Zivilgesellschaft

Referentinnen:

Jennifer Duggen, IHK im mittleren Ruhrgebiet zu Bochum, Geschäftsbereich Handel und Verkehr

Monika Neumaier, Zentrum Arbeit und Umwelt – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft (ZAUG) mbH

Moderation:

Tobias Habermann, Stadt Leipzig, Stabsstelle „Lernen vor Ort“

Margarete Meyer, Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung, Städtenetz Soziale Stadt NRW

Mit dem Blick auf das Profil von Entwicklungspartnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Institutionen und Unternehmen im Bereich des Handels und der Dienstleistungen lauten zentrale Fragen: Wer sollte kooperieren? Was ist der Mehrwert? Welche Strukturen, welche Prozesse müssen gegeben sein, damit Kooperationen dauerhaft sind?

Bei Beschäftigungsträgern, die wie das Gießener Zentrum Arbeit und Umwelt (ZAUG) in der Quartiersentwicklung tätig sind, ist eine starke Orientierung am Bereich Handel/Dienstleistungen festzustellen, wobei ein breit definiertes Spektrum von Akteuren im Dienstleistungsbereich z. B. auch Jugendzentren und andere nicht marktbezogene Betriebe einschließt.

Die IHK zu Bochum hat langjährige Erfahrungen einer Beteiligung an sozialen Netzwerken der Stadtteilentwicklung, weil man hier sehr früh Überlegungen zur Gründung so genannter Interessen- und Standortgemeinschaften (ISG, vergleichbar den BID-Projekten in anderen Bundesländern) angestellt hat. Die Referentin bringt eigene frühere Berufspraxis als Quartiermanagerin ein.

Befunde und Erfahrungen

Gesellschaftliche Integration erfolgt *auch* durch berufliche und wirtschaftliche Teilhabe. Das Thema „Lokale Ökonomie“ hat zwar in der Stadtteilarbeit keine erste Priorität, ist aber in 60 % der Quartiersprozesse präsent. Zur Lokalen Ökonomie zählen Dienstleistungen in Läden jeder Art, der Einsatz auch von geringfügig, tageweise und nicht sozialversichert tätigen Arbeitskräften.

- In Gebieten der „Sozialen Stadt“ ist es Aufgabe eines Dienstleisters wie der ZAUG, *auch* problematische Gruppen am Arbeitsmarkt (Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose, sozial Ausgegrenzte, wegen ihrer Herkunft Stigmatisierte) mit Beschäftigungsangeboten zu versorgen.

- In ethnisch nicht-deutschen Quartieren sind stabile Parallelgesellschaften mit eigener Ökonomie anzutreffen; hier sowie im Bereich der Schattenwirtschaft entstehen mitunter ordnungsrechtliche Fragen – eine Kommunikationsaufgabe der Stadtteilarbeit, bei der nur mit viel Ausdauer Fortschritte hin zur Angleichung an Normen der Arbeitswelt und des Handels erzielbar sind.
- Die kommunale Wirtschaftsförderung hat keine Anbindung und wenig Interesse an Programmaktivitäten der „Sozialen Stadt“; insofern fehlt ein wichtiger potenzieller Partner in der Quartiersentwicklung.
- Weil die Förderprogramme des Zweiten Arbeitsmarkts allein nicht ausreichen, in Soziale-Stadt-Gebieten ausreichende Beschäftigungsangebote zu schaffen, ist die Lokale Ökonomie ein wichtiger ergänzender Faktor und wird prioritär in die Handlungskonzepte sozialer Partnerschaften des Gießener ZAUG aufgenommen.
- Der Kontakt mit KMU-Betrieben im Quartier verbindet Fragen der Ausbildung und solche der Bestands- und Imagepflege. In Betrieben der Lokalen Ökonomie sollen Voraussetzungen zur beruflichen Ausbildung verbessert und Kontakte ins gesamte Stadtgebiet aufgebaut werden.
- Die Erfahrungen der IHK zu Bochum zeigen, dass es Patentlösungen für Standortallianzen nicht gibt, weil sie stets standortbezogen anzugehen sind.
- Lokale Akteure im Quartier sind Bürger, Kunden, Immobilieneigentümer, Dienstleister und Händler. Doch selbst innerhalb dieser Gruppen bestehen alles andere als homogene Strukturen.
- Die zunehmende räumliche Trennung von Wohnen, Eigentum und Nutzung erschwert die Ansprache der Bürger im Quartier, ebenso wie die verbreitete Haltung, dass die öffentliche Hand alles zu regeln habe. Nicht immer bestätigt sich hingegen das Vorurteil, dass die Kooperation mit inhabergeführten Geschäften leichter sei als mit Filialisten.
- Krisenbetroffene Zentren stehen häufig vor dem Problem, dass viele Mitglieder dieser lokalen Gruppen



nicht aktiv sind. Deshalb sind unterschiedliche Formen der aktivierenden Ansprache zu entwickeln, die nur in gewissem Maße standardisierbar sind. „Dem Personalmangel kann nur durch maßgeschneiderte Standortallianzen abgeholfen werden, denn nur diese vermögen meiner Ansicht nach lokale Akteure zu aktivieren, geben ortsgebundenem Interesse eine Stimme und bieten spezifische Lösungen für spezifische Problemlagen.“

Förderliche Faktoren für gelingende Entwicklungspartnerschaften

Grundsätzlich von Vorteil ist das Bestehen eines Quartiermanagements: als ein Motor, der bestimmte Prozesse ins Laufen bringt und begleitet. Quartiermanager sind die Garanten für eine Beteiligung von Akteuren im Quartier und für die Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten und Prozessen. Ziel ist ein gemeinsames zivilgesellschaftliches Engagement zur Bewältigung größerer und kleinerer Probleme im Stadtteil, die weder von Staat und Kommune, noch von den Familien allein gelöst werden können: anpackend, mitbestimmend, selbst gestaltend!

- Wichtig ist die Herstellung von Problemverständnis und Kommunikationsfähigkeit zwischen den beteiligten Akteuren. Nicht zu unterschätzen ist, ob bzw. dass „die Chemie“ stimmt.
- Durch Kooperation entsteht ein entscheidender Mehrwert, eine Win-Win-Situation. Das kann das Erreichen ideeller Werte und Ziele beinhalten, einen Zuwachs an Vertrauen und an Wissen um Zusammenhänge und Strategien, die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.
- Intensive Kooperation verhilft zu größerem Wissen über den Zustand des Systems, in dem man agiert; dadurch wächst die Fähigkeit, Lücken im Netzwerk schneller erkennen und schließen zu können.
- Der Mehrwert ist nicht immer monetär und eher mittel- und langfristig spürbar, das muss deutlich

gemacht werden. Angesichts einer stark visuell geprägten Gesellschaft ist es wichtig, erste kleine Fortschritte im Raum sofort sichtbar zu machen; eine weitere Aktivierung der Bewohner im Quartier ist dann leichter.

- Serviceleistungen können Win-Win-Situationen schaffen; so hilft das Frankfurter Soziale-Stadt-Projekt „Gallus 1:1 für Ausbildung“ KMU-Betrieben im Quartier bei der Abwicklung von Formalitäten zur Schaffung von Ausbildungsplätzen. Foren werden durchgeführt, um Interessen und Bedürfnisse von Betrieben und Arbeitsplatzsuchenden auszutauschen.
- Die Suche nach Verbündeten bei der Quartiersentwicklung sollte sich nicht nur auf Akteure im Stadtteil beschränken, sondern stadtweit erfolgen. Abgesehen von Initiativen und Werbegemeinschaften vor Ort sind also Stadtverwaltung und Politik, Interessenverbände und Institutionen (wie z. B. die IHK), Projektentwickler, Banken und Investoren anzusprechen.
- Die Revitalisierung von Stadtquartieren braucht privat-öffentliche Allianzen. Es muss jedoch Klarheit darüber herrschen, dass die Möglichkeiten begrenzt sind, Probleme auf lokaler Ebene zu lösen.
- Drohen Beschäftigungsprojekte im Rahmen der „Sozialen Stadt“ daran zu scheitern, dass der notwendige kommunale Eigenanteil aufgrund der öffentlichen Haushaltslage nicht mehr aufgebracht werden kann, so ist ein Sponsoring z. B. durch Wirtschaftsunternehmen denkbar. Dabei stellt sich die Frage der gesellschaftspolitischen Akzeptanz eines solchen Ansatzes (Einnahmeproblem der öffentlichen Hand, Definition öffentlicher Aufgaben).
- Durch gezielte Anschubfinanzierung lassen sich Projekte der Quartiersentwicklung auf den Weg bringen, z. B. bei der Leerstandsbekämpfung; funktionieren sie, können sie neue Initiativen auslösen – und das dann sogar ohne Förderung.

Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen – Was ist zu tun?

Podiumsdiskussion mit:

Dr. Oliver Weigel, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Reinhard Thies, Vorsitzender der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, Berlin

Sabine Steger, Abteilungsleiterin Stadtanierung, Landeshauptstadt München

Peter Kromminga, Geschäftsführer von UPJ – Corporate Citizenship und CSR-Netzwerk, Berlin

Hartmut Fritz, Geschäftsführer des Caritasverbands Frankfurt e.V.

Moderation:

Elke Becker, Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR), Technische Universität Berlin

Was ist der Mehrwert einer Partnerschaft zwischen Zivilgesellschaft bzw. Gemeinwesen und der Wirtschaft?

Hartmut Fritz: Alle Akteure sollen in der „Sozialen Stadt“ durch eine gemeinsame Entwicklungsstrategie erreicht werden, warum nicht auch die Wirtschaft? Ein Problem ist die dauerhafte Einbindung von Wirtschaftsakteuren. Und auch Sponsoren zu finden, gestaltet sich zumindest im Gallus-Viertel schwierig – bei den neu angesiedelten großen Dienstleistungsbetrieben ebenso wie seinerzeit bei den inzwischen verschwundenen großen Industriebetrieben. Das Augenmerk gilt deshalb vor allem den vielen KMU-Betrieben, die sich hier angesiedelt haben.

Sabine Steger: Aus Sicht der Kommune liegt der Mehrwert solch einer Partnerschaft in der Stabilisierung; d.h. wenn es gelingt, die Lokale Ökonomie dazu zu gewinnen, in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ oder der „Aktiven Stadt- und Ortsteilzentren“ mitzuwirken. Die Stadt München, das Stadtteilmanagement im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, versucht – relativ erfolgreich – gemeinsam mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft Gewerbevereinsgründungen zu initiieren. Damit hat man auch nach Förderende stabile Strukturen und Partner im Quartier. Die Lokale Ökonomie in der „Sozialen Stadt“ hat hinsichtlich Sponsoring und Arbeitsplatzschaffung Grenzen, weil dort eine relativ schwache Kaufkraft auch Teile der gewerblichen Wirtschaft schwächt. Anders sieht es in Gebieten der „Aktiven Stadt- und Ortsteilzentren“ aus, wo man einen größeren Beitrag der Wirtschaft erwarten darf. Die Wohnungswirtschaft ist (in der „Sozialen Stadt“) relativ engagiert, insbesondere die kommunalen Siedlungsgesellschaften mit ihren Dienstleistungs- und Betreuungsangeboten.

Peter Kromminga: UPJ koordiniert ein bundesweit tätiges Netzwerk von Unternehmen sowie ein Netzwerk gemeinnütziger Organisationen und Vermittlungseinrichtungen. Unternehmen erreichen Tausende von Anfragen mit der Bitte um Sponsoring. Die Erfahrung von UPJ zeigt erstens: Wenn man Kooperationen mit Unternehmen sucht, sollte man nicht nach Geld fragen, sondern nach Ressourcen, Kompetenzen, Lösungen für bestimmte Probleme, wie z. B. Hilfe bei der Professionalisierung von Stadtteilinitiativen. Zweitens: Am Anfang sollte man vor allem handlungsorientiert sein, d.h. Gelegenheiten schaffen, damit sich Unternehmen gesellschaftlich engagieren können (z.B. Marktplatzmethode, Aktionstage). Hilfreich sind Impulsprojekte, die Erfahrungsräume bieten, um sich gegenüber dem Gemeinwesen zu öffnen: In der Wirtschaft setzt sich das Bewusstsein durch, dass gute Geschäfte langfristig nur in einem guten Umfeld gemacht werden können. Beim Thema CSR (*Corporate Social Responsibility*) hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Federführung; es gibt aber auf der lokalen wie auf der politischen Ebene kaum Verbindungen zwischen den Diskursen darüber, wie man ein Gemeinwesen sozial gestalten kann und wie man sich als Unternehmen damit auseinandersetzen kann.

Dr. Oliver Weigel: Die Frage nach dem Mehrwert heißt sich zu fragen, welche Typen von Wirtschaft es gibt. Was tut das Unternehmen für die Stadt, was kann es tun? Das ist eine Frage der Größenordnungen, aber es geht auch um die Vermittlung von Knowhow. Ein besonderes Interesse gilt der Wohnungswirtschaft, da sie nicht wie das produzierende Gewerbe abwandern kann.

Reinhard Thies: Schon das Berliner Memorandum fragte, wie man Entwicklungspartnerschaften in Quar-



tieren schaffen kann. Neue Partner werden benötigt, insbesondere die bislang fehlende Wirtschaft. Das gilt gerade für die Wohnungswirtschaft, die ein hohes Interesse am Zustand ihrer Liegenschaften hat. Die Rahmenbedingungen für gelingende Quartiersentwicklung sind oft schwierig, umso dringender wird eine Verständigung zwischen den Akteuren. Auch die Diakonie hat viel zu lange nicht danach geschaut, welche Interessen die sozialunternehmerischen Strukturen an Quartieren der „Sozialen Stadt“ haben könnten. Die großen Anstalten und Einrichtungen müssen sich dezentralisieren (UN-Konvention mit Forderung nach Inklusion, die in den Quartieren stattfindet). Wie stellt sich – immerhin öffentlich hoch gefördert! – dieser Umbau der Unternehmen dar, die Versorgung im Stadtteil, abgestimmt mit den dortigen Bewohnern? Es steigt z. B. die Wertschöpfung in den Quartieren und auch das Potenzial, arbeitslose Menschen im Quartier durch Einsatz in der Pflege in Beschäftigung zu bringen.

Peter Kromminga: Inhabergeführte Unternehmen haben sehr starke intrinsische und ethische Motive für ein soziales Engagement im eigenen Quartier. Schwieriger ist das bei größeren und von außen gesteuerten Betrieben. Die politische Forderung, niemanden zurückzulassen, trifft sich mit dem unternehmerischen Interesse, angesichts des demografischen Wandels langfristig den Fachkräftebedarf zu sichern. Da gibt es aus meiner Sicht zurzeit ein Fenster, das sich öffnet, um auch Unternehmen, die nicht in Quartieren der „Sozialen Stadt“ angesiedelt sind, für soziales Engagement zu gewinnen.

Wie versteht sich ein Unternehmen, das Kirche und Wirtschaftsbetrieb, Ethik und Wirtschaftlichkeit verbinden muss?

Hartmut Fritz: Die Caritas ist der Nächstenliebe verpflichtet; wer solch ein Unternehmen nachhaltig organisieren will, muss dies unter unternehmerischen Gesichtspunkten tun. Entscheidend ist die Zielsetzung:

Verstanden als Partner der örtlichen Bevölkerung, sind alle Einrichtungen in die Aktivitäten der Quartiersentwicklung eingebunden. Die Sozialwirtschaft hat Potenziale, Menschen mitzunehmen und Engagement zu schaffen, aber auch arbeitslose Menschen in Arbeit zu bringen. Das gilt auch für die Kirchengemeinden und ihre Bedeutung in Soziale-Stadt-Gebieten. Sozialgesetzgebung hat immer auch die Entwicklung des Wohnumfelds zum Thema; hier liegt auch die Verpflichtung, dass sich die kirchlichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Fragen der Entwicklungsstrategien des Gemeinwesens einmischen.

Wenn es zukünftig private Unternehmen sind, die sich in der Stadtentwicklung engagieren, beispielsweise ein Quartiermanagement finanzieren, befürchten Sie nicht, dass dem Bund Steuerungskompetenzen entzogen werden?

Dr. Oliver Weigel: Wir versuchen, die Basis für Stadtentwicklung zu verbreitern. Unsere Aufgabe ist es im Prinzip, mit am Allgemeinwohl zu arbeiten. Die Wirtschaft sollte im wohlverstandenen eigenen Interesse ihren Beitrag dort einbringen, wo sie hohe Kompetenzen hat, z. B. bei der Projektsteuerung. Es besteht große Skepsis, dass die Wirtschaft ein Quartiersmanagement zu 100 % übernehmen sollte, denn dieses lebt davon, dass es als neutrale Stelle verstanden wird.

Wie sieht es aus städtischer Sicht aus? Wie verstehen Sie Ihre Position gegenüber dem Bürger?

Sabine Steger: Der Bürger ist Kunde, denn die Stadtverwaltung nimmt Dienstleistungsfunktionen für ihn wahr. Stadtteilmanagement und Gewerbestraßen-Management können auch in Eigenfinanzierung laufen; das erscheint (hinsichtlich eventueller Partikularinteressen) unbedenklich, denn die Stadt hat zumindest über die kommunale Planungshoheit Steuerungsmöglichkeiten. Aber schauen muss man schon, was aus dem Stadtteilmanagement in der „Sozialen Stadt“ wird, insbeson-

dere angesichts der überproportionalen Kürzung des Programms; das ist aber vor allem eine Frage, für die die Wohnungswirtschaft in der Verantwortung steht.

Wie können Sozialunternehmen mit Problemen in benachteiligten Stadtteilen umgehen, was und welche Partner brauchen sie dafür?

Reinhard Thies: Kommunen müssen in Soziale-Stadt-Gebieten planvoll agieren. Integrierte Handlungskonzepte müssen zwischen den beteiligten Ämtern koordiniert und von der Kommunal- oder Landkreisverwaltung strategisch gesteuert werden. Sozialverbände stehen jetzt schon nachhaltig in einer Vermittlungsfunktion zwischen Strukturwelt der Verwaltung und Lebenswelt der Bewohner. Es handelt sich um eine Bündelungsfunktion fachsektoraler Aufgaben, auch mit der Rolle des Quartiermanagements, im Rahmen einer Strategie für den Stadtteil. Dann lässt sich auch die Wirtschaft leichter mit ins Boot holen als durch einen öffentlichen Akteur. Die Rollen sind gut zu verteilen und auch die Sozialunternehmen müssen einen Quartierseffekt als Ziel vertreten, nicht nur ihre partikularen Interessen. Es heißt, die Wirtschaft gemeinsam ins Lasso zu nehmen!

Wenn ein Unternehmen sich im Stadtteil engagieren will, gibt es dazu eine Anlaufstelle in der Stadtverwaltung? Sind Sie im Referat Stadtsanierung dabei involviert?

Sabine Steger: Direkte Anfragen an das Referat Stadtsanierung gab es noch nie, vielleicht auch wegen der praktizierten Informationspolitik und aufsuchenden Beratung in den Quartieren und wegen des Einsatzes von Quartiersmanagern – und damit von Akteuren, die vor Ort aktiv und in den Gesamtprozess integriert sind. Unterstützung durch Unternehmen sollte mehr über die Gebietsgrenzen der Quartiere hinaus gesucht werden: Das wird künftig unsere Aufgabe sein, auch in einer relativ reichen Kommune wie München.

Was muss passieren, damit z. B. auch die Wirtschaftsförderung oder Vertreter der Wirtschaft in einer Veranstaltung wie dieser präsent wären?

Hartmut Fritz: Fragt man nach den Standardbedingungen der Bürger in diesen Quartieren, taucht das Problem Arbeitslosigkeit auf. Das Thema des wachsenden Arbeitskräftemangels aufgrund des demografischen Wandels sollte für Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft genutzt werden (Ausbildungsangebote, Beschäftigungsförderung). Ebenso wichtig wäre eine offensive Diskussion bei der Ansiedlung von Unternehmen, über Städtebauliche Verträge Einfluss zu nehmen: damit die Stadtplanung stärker in den Blick nimmt, was im Umfeld von Unternehmensstandorten an sozialen Ver-

werfungen besteht. Wenn die kommunale Wirtschaftsförderung (in Frankfurt/Main) über die Absenkung von Gewerbesteuersätzen nachdenkt, sollte sie auch Aspekte wie die Finanzierung sozialer Sicherheit mit im Blick haben.

Sabine Steger: In der Öffentlichkeit muss das Thema Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen noch mehr verbreitet werden, damit es auch in der Wohnungswirtschaft und bei Großunternehmen wahrgenommen wird. Städtebauliche Verträge lassen nur zu, Lasten auf die Nutzer im Quartier zu verlegen, die der Kommune ursächlich durch Planung entstehen. In einem schon bestehenden Umfeld mit seinen städtebaulichen Defiziten würde das gar nicht greifen.

Peter Kromminga: Mittler-Organisationen zwischen der Welt der Wirtschaft und derjenigen der gemeinnützigen Organisationen sowie der Verwaltung sind weiter zu qualifizieren. In Praxisforen könnten z. B. Methoden vermittelt werden, wie man Wirtschaftsunternehmen für ein Engagement gewinnen kann. Auch als Quartiersmanager sollte man über einen Austausch und Schnittstellen zu Akteuren im übrigen Stadtgebiet nachdenken: Für eine solidarische Stadtgemeinschaft wären Transferleistungen in die benachteiligten Quartiere selbstverständlich. Wichtig ist auch, dass gemeinnützige Organisationen mit mehr Selbstbewusstsein an Unternehmen herantreten; sie sollten sich dabei als starke Partner präsentieren.

Dr. Oliver Weigel: Der Wirtschaft muss man die Vorteile einer Kooperation erklären, sich um die Belange in ihrem Quartier zu kümmern. Es gibt sehr spezifische Formen der Kommunikation im sozialen und im planerischen Bereich. Andere Kommunikationswege müssen her, solche über Mittler und ausgestattet mit den entsprechenden technischen und medialen Voraussetzungen.

Reinhard Thies: Unterschiedliche Sprachen gibt es schon zwischen Stadtplanung und Gemeinwesen-/Sozialarbeit. Mit dieser Veranstaltung ist es gelungen, dass diese beiden Systeme für ihr gemeinsames Anliegen gegenüber der Wirtschaft sprachfähig geworden sind. Der nächste Schritt wäre, aktiver auf die Wirtschaft zuzugehen. Es war sehr schwer, Wirtschaftsakteure in dieses heutige Setting einzubinden. Unbedingt genutzt werden sollten die Chancen von BIWAQ (Stichwort Lokale Ökonomie), mit der Wirtschaft aktiv ins Gespräch zu kommen.

„Wenn man übermorgen handlungsfähig sein will mit den Partnern, die man dafür braucht, muss man sich heute um den Kontakt zu ihnen kümmern.“

Gemeinwesen aktivieren – Integrierte Stadtentwicklung ermöglichen

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Selbstverständnis

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit ist ein bundesweites Netzwerk und versteht sich als fachpolitische Lobby für Gemeinwesenarbeit in einer sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Sie will Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip für Soziale-Stadt-Politik verankern und als Standard einer integrierten Stadtentwicklung etablieren.

Die BAG bündelt die Anliegen und Interessen von Stadtteilinitiativen und Landesnetzwerken der sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit mit den Zielen

- Initiativen und Akteure der sozialen Stadtentwicklung fachübergreifend zu vernetzen,
- Basisinitiativen und von Ausgrenzung bedrohte Bewohnerinnen und Bewohner aus Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf zu unterstützen,
- Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements und freie Träger der Sozialen Arbeit in Partnerschaft mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren im Rahmen von integrierten Handlungskonzepten zu fördern,
- Quartiermanagement als wichtiges Instrument der integrierten Stadtteilentwicklung zu etablieren,
- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für fachliche und politische Anliegen einer sozialen Stadtentwicklung zu betreiben.

Damit leistet die BAG einen aktiven Beitrag zum Aufbau der „Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“, in der öffentliche, private und freie Träger kooperativ zusammenwirken sollen: Bürgergruppen, Träger der Sozial- und Jugendhilfe sowie der Beschäftigungsförderung, Stadtplanung, Wohnungswirtschaft und lokale Ökonomie.

Eine besondere Verantwortung übernehmen in diesem Prozess die Akteure des so genannten Dritten Sektors. Sie sorgen dafür, dass nachbarschaftliche und sozial-kulturelle Dimensionen der Stadtteilentwicklung durch Aktivierung, Interessenorganisation und -artikulation der Bürgerinnen und Bürger, Förderung interkulturellen Zusammenlebens, Vernetzung der Akteure und Angebote lokaler lebensweltorientierter Qualifikation und Beschäftigung ein starkes Gewicht erhalten.

Aktivitäten

Die BAG ist seit Mitte 2002 als Verein bundesweit tätig, nachdem sie bereits seit den 1970er Jahren als

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte aktiv war. Die Mitglieder entwickeln bewährte Ansätze der Gemeinwesenarbeit, der sozialräumlichen Nachbarschaftsarbeit sowie der stadtteilorientierten Sozialen Arbeit im Sinne einer nachhaltigen und integrierten Stadtteilentwicklung weiter und

- unterstützen die Entwicklung und Organisation von Selbsthilfepotenzialen auf örtlicher, Landes-, Bundes- und Europaebene,
- entwickeln Konzeptionen zur Partizipation von Quartiersakteuren an Prozessen zur Stadtteilentwicklung,
- erarbeiten fachpolitische Positionen und begleiten deren Umsetzung,
- multiplizieren und bündeln Erfahrungen und Erkenntnisse auf Bundesebene.

Die fachliche Kompetenz der Mitglieder und der Akteure in den Stadtteilen sichert die BAG mittels regelmäßiger Netzwerktreffen und themenorientierter Fachtagungen, wie beispielsweise:

- Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen. Neue Entwicklungspartnerschaften für die „Soziale Stadt“ (Frankfurt/Main, 2010)
- Bürgerschaftliche Netzwerke stärken. Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip der Sozialen Stadtentwicklung (Berlin, 2009)
- Zukunft der „Sozialen Stadt“. Modelle der Verstärkung sozialer Stadtteilentwicklung (Berlin, 2007)

Darüber hinaus fungiert die BAG als kompetenter Kooperationspartner für Fachforen der verschiedensten zivilgesellschaftlichen Akteure.

In Partnerschaft mit dem Burckhardthaus als Teil der Bundesakademie für Diakonie und Kirche ist die BAG Mitveranstalter einer modularen Ausbildung im Bereich Quartiermanagement – Gemeinwesenarbeit – Soziale Stadtentwicklung. Bisher konnten mehr als 150 Teilnehmende qualifiziert und in lokale Netzwerke sozialer Stadtentwicklung integriert werden.

Im Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurden von 2008 bis 2009 Beispiele gelingender Praxis identifiziert und verbreitet. Das daraus resultierende „Berliner Memorandum: Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“ sowie die vorliegende Dokumentation der Fachkonferenz „Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen.“ sind Beispiele für die erfolgreiche politische Arbeit der BAG.

Referentinnen und Referenten

Willy Achter, Kommunales Forum Wedding e.V., Berlin

Mustafa Akbulut, 2. Vorsitzender Gewerbeverein Initiative Westend e.V. und stellv. Vorstandsvorsitzender Kubis e.V., Wiesbaden

Elke Becker, Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR), TU Berlin

Jennifer Duggen, IHK im mittleren Ruhrgebiet zu Bochum, Geschäftsbereich Handel, Verkehr

Sulamith Fenk-Ebert, LAG der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt (LAGFA), Halle/Saale

Hartmut Fritz, Caritasverband Frankfurt e.V., Geschäftsführer

Christiane Grabe, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Düsseldorf

Tobias Habermann, Stadt Leipzig, Stabsstelle: Lernen vor Ort

Prof. Dr. Walter Hanesch, Hochschule Darmstadt FB Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit

Dierk Hausmann, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Stadtplanungsamt, Fachbereich 61.S, Sonderprojekte

Volker Hug, Mieterbeiratsvorsitzender, Freiburger Stadtbau GmbH

Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Geschäftsführer, Berlin

Peter Kromminga, Bundesinitiative UPJ e.V. – Corporate Citizenship und CSR-Netzwerk, Geschäftsführer, Berlin

Prof. Dr. Thomas Krüger, HafenCity-Universität (HCU) Hamburg, Arbeitsgebiet Projektentwicklung und Projektmanagement in der Stadtplanung

Gerald Lackenberger, Stadtteilbüro Haslach, NACHBARSCHAFTSWERK e.V., Freiburg

Uwe Lummitsch, LAG der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt (LAGFA), Halle/Saale

Theodorus Maas, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg

Jürgen Maier, Stadtteilbüro Wormser Süden

Margarete Meyer, Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung, Städtenetz Soziale Stadt NRW

Monika Neumaier, Zentrum Arbeit und Umwelt – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft (ZAUG) mbH

Wolfgang Prauser, Landeshauptstadt Hannover, Bereich für Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten

Claudia Schwarz, Kommunales Forum Wedding e.V., Berlin

Edwin Schwarz, Stadt Frankfurt am Main, Dezernent für Planen, Bauen, Wohnen und Grundbesitz

Jürgen Spelthann, DORV-Zentrum GmbH, Jülich

Christian Spoerhase, Caritasverband Frankfurt e.V., Quartiersmanagement Gallus, Stadtteilbüro Soziale Stadt

Sabine Steger, Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Stadtsanierung und Wohnungsbau

Reinhard Thies, Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Vorsitzender, Berlin

Regine Wagner, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn

Markus Weidner, KIZ PROWINA pro Wirtschaft und neue Arbeit GmbH, Geschäftsführer, Offenbach

Dr. Oliver Weigel, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Referatsleiter Stadtentwicklungspolitik, Berlin

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Vorname	Nachname	Institution / Projekt
Heinrich	Arndt	Caritasverband Wetzlar/Lahn-Dill-Eder e.V.
Rebecca	Arnold	Diakonisches Werk Worms – Alzey
Sabine	Barth	
Günther	Barwanietz	Beschäftigungsförderung Göttingen kAÖR
Bernd	Becken	GV „Malstatt auf Kurs“, Saarbrücken
Susanne	Becker	Büro für lokale Wirtschaftsentwicklung Gelsenkirchen-Südost
Stefan	Blank	Soziale Stadt Groß-Zimmern
Winfried	Blum	Diakonisches Werk an der Saar/ Xenos-Kompetenz-Werkstatt
Margitt	Böhme	Stadtteilbüro Lusan, Gera
Pia	Bolz	Stadt Frankfurt am Main
Annegret	Boos-Krüger	Servicestelle HEGISS
Barbara	Borgloh	FH Frankfurt / ReduFix ambulant
Ralf	Bruders	Caritasverband Aachen
Ursula	Brünner	Stadtplanungsamt Frankfurt am Main 61.S1
Britta	Buch	Büro Kristina Esser
Heike	Bülter	Stadtteilbüro Caritas
Susanne	Diehl	Soziale Stadt Büro Mundenheim-Südost, Ludwigshafen
Jeanette	Dorff	Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg, Stadtteilwerkstatt Kranichstein
Karl	Emer	Caritasverband Heidelberg e.V.
Pia	Ettling	IB – Frankfurter Programm Aktive Nachbarschaft
Jürgen	Eufinger	Bezirks Caritasverband Limburg/ Stadtteilarbeit Limburg-Nord
Tanja	Feldmann	GTZ
Consuedo	Feral-Ruiz	Stadt Gießen
Alfred	Fischer	Frankfurter Verband
Rudolf	Fleckenstein	Caritas Frankfurt
Pia Tana	Gattinger	Bürgerinitiative für Soziale Fragen e.V.
Bernd	Gornik	Frankfurter Verband – Fachbereich Wohnen & Offene Seniorendienste
Christoph	Grass	Servicestelle HEGISS
Edda	Haack	Caritas Darmstadt
Ursula	Haller-Vetter	Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Wolfgang	Hayer	Stadt Langen
Heike	Hecker	Diakonie Frankfurt, QM Rödelheim
Katrin	Hilcken	Magistrat der Stadt Butzbach
Petra	Hock	Frankfurter Verband – Fachbereich Wohnen & Offene Seniorendienste
Gerd	Iben	
Herbert	Jacobs	Stadt Frankfurt am Main
Gabi	Kahn	Caritas GWA Wehrdener Berg, Völklingen
Gabi	Kamp	Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V.
Petra	Kanamüller	Stadtplanungsamt
Corinna	Kennel	Urbanizers
Ilka	Kerschkamp	Wichernhaus Wuppertal gGmbH
Vadim	Khmelnyskyy	Caritasverband Kreis Mettmann e.V.
Gudrun	Kirchhoff	Schader-Stiftung
Kurt	Klee	Soziale Stadt Groß-Zimmern
Petra	Klein	Stadt Witten – Soziale Stadt Annen
Barbara	Koblitz	Diakonisches Werk Kassel
Martina	Kocks	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR
Sabine	Kolmer	Netzwerk ROPE e.V.
Sandra	Krieger	Magistrat der Stadt Wetzlar / Planungs- und Hochbauamt
Jutta	Küchenmeister	Werkstatt-Schule/ BIWAQ-Projekt
Frauke	Kühn	Diakonisches Werk Lahn Dill, Stadtteilbüro Ziegelei
Christoph	Kummer	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Heinz-Jörgen	Kunze-v. Hardenberg	Landeshauptstadt Hannover Jugendberufshilfe / Ausbildungsinitiative Stöcken (BIWAQ)
Michael	Lapp	Quartiermanagement Herzogenried, Mannheim
Tobias	Lauer	Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg/ Projektwerkstatt „Soziale Stadt“ Groß-Zimmern
Brigitte	Lawson	Koordinationsstelle UN-DEKADE Thüringen im akuTh e.V.
Ursula	Lenger	Frankfurter Verband

Oliver	Leuschke	Magistrat der Stadt Butzbach
Nicole	Lubinski	Stadt Frankfurt am Main
Chris	Ludwig	baff e.V., Ludwigshafen
Bettina	Lukas	Caritasverband Mainz e.V., ABBEX – Agentur für Bildung, Beschäftigung und Existenzgründung
Petra	Luxenburger	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Monika	Mai	Diakoniezentrum Pirmasens
Andreas	Mehlich	Stadtteilbüro Jena Winzerla/ ThASG e.V.
Lutz	Meltzer	Fachredaktion und Lektorat, Dortmund
Gerhard	Merz	SPD-Landtagsfraktion
Ulrich	Meyer-Kocot	SEN – Soester EntwicklungsNetz – Qualifikation und Arbeit für Jugendliche und Erwachsene e.V.
Sylvia	Michalski	Stadtplanungsamt
Eva	Nowack	Stadtberatung Dr.Fries
Maria	Ohlig	WOGEBE Trier
Stephanie	Otto	adrian.mehlin.prozessnavigation
Heinz-Josef	Pabst	Magistrat der Stadt Wetzlar, Planungs- und Hochbauamt
Christa	Panke-Spruck	Stadt Frankfurt/Main
Stefan	Peters	Planungsbüro Stadt-Kinder
Silja	Polzin	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Johannes	Posch	PlanSinn Wien
Petra	Potz	location ³ Wissenstransfer, Berlin
Annette	Püntmann	Diakonisches Werk für Frankfurt am Main, Nachbarschaftsbüro
Volker	Rapp	Internationaler Bund
Sven	Rasch	Netzwerk ROPE e.V.
Ottmar	Rees	Magistrat der Stadt Butzbach
Regina	Reich	Stadt Mannheim Dezernat IV
Silka	Riedel	Konfliktagentur im Sprengelkiez – Stadtteilmediation Wedding
Anette	Riesinger	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. – Region Vorpommern
Helga	Roos	Gallus-1:1 für Ausbildung/Sportkreis Frankfurt e.V.
Margot	Rosemann	Stadt Köln, Amt für Wirtschaftsförderung
Bibiana	Ruppnig	
Harald	Rupprecht	EWN GmbH –Stadtteilmanagement & Stadtentwicklung
Ute	Scharnberg	DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG
Christoph	Schilde	LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH
Sandra	Schiller	HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen
Meike	Schmidt	Quartiersmanagement München, Ramersdorf/Berg am Laim
Gabi	Schmitt	Stadt Trier, Projektförderung „Soziale Stadt!
Frank	Schmitz	Stadtteilbüro Malstatt
Helen	Schneider	Nachbarschaftszentrum Westend
Carmen	Scholz	LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.
Norbert	Schug	Flensburger Gesellschaft für Stadterneuerung
Horst	Schulmeyer	Stadt Frankfurt am Main, Jugend- und Sozialamt/Frankfurter Programm Aktive Nachbarschaft
Lars-Olaf	Schulz	Soziale Stadt Groß-Zimmern
Marie-Luise	Seiffert	Freie und Hansestadt Hamburg
Heribert	Simon	LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.
Marianne	Sorokowski	In Via Hamburg e.V.
Holger	Spieckermann	FH Köln -Forschungsschwerpunkt SRM
Robert	Staffetius	ARG-Rödelheim, Frankfurt
Alexander	Teubl	Caritasverband Bruchsal e.V.
Karin	Vorhoff	Deutscher Caritasverband e.V.
Kristin	Voß	Stadtteilmanagement Emmertsgrund, Heidelberg
Paulina	Warkowski	Stadt Leverkusen
Stefan	Weber	Caritasverband für die Diözese Limburg e.V.
Ruth	Weber	Wirtschaftsförderung Hamm
Ursula	Werder	Kinder im Zentrum Gallus e.V., Mehrgenerationenhaus
Wolfgang	Werner	
Claudia	Wickert	Gemeinwesenarbeit „Im Kreuzchen“
Regine	Widmaier	Wichernhaus Wuppertal gGmbH
Daniel	Wölfe	BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.
Nele	Wulbrandt	Goethe-Universität Frankfurt am Main
Verena	Zorn	Planungsbüro Stadt-Kinder

Impressum

Herausgeber

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Stiftstr. 15

30159 Hannover

Tel.: 0511/7000526

Fax: 0511/1612503

Mail: mail@bagsoz-stadt.de

Web: www.bagsozialestadtentwicklung.de

Berlin/Hannover, Dezember 2010

Redaktion

Dr. Petra Potz, location³ Wissenstransfer, Berlin

Lutz Meltzer, Fachredaktion und Lektorat, Dortmund

Layout

Ariane Sept, Berlin

Abbildungen

Die Abbildungen aus den Projekten wurden von den Projektbeteiligten zur Verfügung gestellt, die Fotos von der Fachkonferenz wurden von Andreas Mehlich, Lutz Meltzer, Petra Potz und Daniel Wölfle gemacht.

Die Konferenz wurde durchgeführt von der

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

In Kooperation mit

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Berlin

Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (LAGFA) Sachsen-Anhalt, Halle (Saale)

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Frankfurt am Main

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover

Saalbau GmbH, Frankfurt am Main

Stadt Frankfurt am Main, Frankfurter Programm Aktive Nachbarschaft

Stadt Frankfurt am Main, Stadtplanungsamt

Caritasverband Frankfurt e.V.

Stiftung MITARBEIT, Bonn

Die Fachkonferenz „Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen“ konnte nur durch Unterstützung vieler verschiedener Projektakteure aus dem Feld der sozialen Stadtentwicklung realisiert werden. Besonderer Dank gilt all denen, die sich kurzfristig und in vielen Fällen unentgeltlich zur Mitwirkung bereit erklärt haben und wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Die BAG-Fachkonferenz ist ein Pilotprojekt im Rahmen der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ des BMVBS/BBSR.

